

Für eine gemeinsame deutsch-polnische Zukunft? Hans Hartwig von Beseler als Generalgouverneur in Polen 1915-1918*

von
Robert Spät

Einleitung

Die Bildung von zwei Generalgouvernements im besetzten Kongresspolen durch das Deutsche Reich und Österreich-Ungarn im August 1915 markierte den Beginn einer Zeitspanne bis 1918, die ein bemerkenswertes Kapitel der deutsch-polnischen Beziehungen des 20. Jahrhunderts darstellt. Die Besatzungszeit während des Ersten Weltkriegs bildet einen Kontrast zur repressiven preußischen Polenpolitik des Kaiserreichs wie auch zu den politischen Beziehungen zwischen Deutschland und Polen nach 1918, besonders im Gegensatz zur deutschen Vernichtungspolitik in Polen im Zweiten Weltkrieg.¹ Des Weiteren erscheint die deutsche Politik im Generalgouvernement Warschau im Vergleich zu dem Verwaltungsgebiet „Ober-Ost“ als Alternative und als zukunftsweisend: Zwar war auch sie den sogenannten kriegsbedingten Notwendigkeiten unterworfen², doch sollte Polen langfristig als Bündnispartner gewonnen werden, was in der Proklamation des Königreichs Polen am 5. November 1916 seinen deutlichen Ausdruck fand.

An herausragender Position in Polen und im Mittelpunkt der deutschen Planungen für die Zukunft des Landes stand Generaloberst Hans Hartwig von Beseler, der von Wilhelm II. zum Generalgouverneur berufen wurde. Als oberste zivile und militärische Gewalt des Generalgouvernements Warschau konnte er einen gewissen Einfluss auf die Entscheidungen der Reichsleitung

* Der Beitrag basiert auf meiner Magisterarbeit: ROBERT SPÄT: Generaloberst Hans Hartwig von Beseler als Generalgouverneur in Polen 1915-1918. Person und Politik in Selbstzeugnissen, (masch.-schr.) Magisterarbeit Albert-Ludwigs-Universität, Freiburg 2007, hier zahlreiche weiterführende Quellen- und Literaturhinweise.

¹ EUGENIUSZ CEZARY KRÓL: Besatzungsherrschaft in Polen im Ersten und Zweiten Weltkrieg. Charakteristik und Wahrnehmung, in: Erster Weltkrieg – Zweiter Weltkrieg – Ein Vergleich. Krieg, Kriegserlebnis, Kriegserfahrung in Deutschland, hrsg. von BRUNO THOB und HANS-ERICH VOLKMANN, Paderborn 2002, S. 577-591, hier S. 588-590.

² WOLFGANG VON KRIES: Die wirtschaftliche Ausnutzung des Generalgouvernements Warschau, in: Preußische Jahrbücher 235 (1934), S. 221-248; MARTIN BEMMANN: „... kann von einer schonenden Behandlung keine Rede sein“. Zur forst- und landwirtschaftlichen Ausnutzung des Generalgouvernements Warschau durch die deutsche Besatzungsmacht, 1915-1918, in: Jahrbücher für Geschichte Osteuropas N.F. 55 (2007), S. 1-33.

über die zukünftige Gestaltung Polens ausüben. Hieran knüpft sich die Frage, welche Rolle Beseler bei der Formulierung und Durchsetzung der deutschen Politik im besetzten Polen spielte, die zumindest der öffentlichen Rhetorik zufolge auf einen polnischen Staat als engen Bündnispartner an der Seite des Deutschen Reiches zielte. Dabei wird im Folgenden untersucht, ob und in welchem Maße Beseler den polnischen Wünschen nach Wiedererrichtung eines Staates gerecht zu werden und diese mit den deutschen Interessen zu verbinden suchte oder ob seine Äußerungen lediglich die politischen, militärischen und wirtschaftlichen Kriegsziele des Deutschen Reiches in Polen verdecken sollten.

Zur Beantwortung dieser Frage erscheint ein biografischer Zugriff vielversprechend, um Beselers Tätigkeit als Generalgouverneur anhand seiner Selbstzeugnisse zu beleuchten. In einer solchen akteurszentrierten Untersuchung stehen konkrete Äußerungen und Handlungen im Mittelpunkt, über die man sich Beselers persönlichen Ansichten und Motiven, die er öffentlich nicht vertreten konnte und die aus den amtlichen Dokumenten nicht ersichtlich sind, annähern kann.³ Sie ergänzen die Geschichte der deutschen Besatzung in Polen und ermöglichen es, die Vermittlerposition des Generalgouverneurs zwischen deutscher Politik und polnischen Unabhängigkeitswünschen zu analysieren.

Als Selbstzeugnisse Beselers werden die Briefe herangezogen, die er während seines Aufenthalts in Warschau seiner 17 Jahre jüngeren Frau Clara schrieb. Darin berichtete er über seine Tätigkeit und erläuterte ihr in fast väterlicher Weise die Zusammenhänge der deutschen Politik in Polen.⁴ Zudem führte er regelmäßig Tagebuch. Diese persönlichen Schriften dienen mitsamt der dienstlichen Korrespondenz Beselers sowie politischen und Verwaltungsberichten, Sitzungsprotokollen und amtlichen Verfügungen als Quellengrundlage des vorliegenden Beitrags.⁵

³ Zur historiografischen Biografieforschung siehe HANS ERICH BÖDEKER: *Biographie. Annäherungen an den gegenwärtigen Forschungs- und Diskussionsstand*, in: *Biographie schreiben*, hrsg. von DEMS., Göttingen 2003 (Göttinger Gespräche zur Geschichtswissenschaft, 18), S. 9-63. Zur Biografie von Offizieren siehe CARL ALEXANDER KRETHLOW: *Militärbiographie. Entwicklung und Methodik*, in: *Militärische Erinnerungskultur. Soldaten im Spiegel von Biographien, Memoiren und Selbstzeugnissen*, hrsg. von MICHAEL EPKENHANS u.a., Paderborn u.a. 2006 (Krieg in der Geschichte, 29), S. 1-27.

⁴ Zum Rollenverhalten von Militärs in Feldpostbriefen siehe ISA SCHIKORSKY: *Kommunikation über das Unbeschreibbare. Beobachtungen zum Sprachstil von Kriegsbriefen*, in: *Wirkendes Wort* 42 (1992), S. 295-315, hier S. 298.

⁵ Bundesarchiv-Militärarchiv Freiburg im Breisgau (künftig abgekürzt: BArch), Bestand N 30: Nachlaß Hans v. Beseler; Bestand PH 30 II: Kaiserliches Generalgouvernement Warschau, 1915-1918; Bestand PHD 23: Militärverwaltungen, Amtliche Druckschriften.

Hans Hartwig von Beseler wurde am 27. April 1850 in Greifswald geboren.⁶ Sein häusliches Umfeld war stark vom Bildungsbürgertum geprägt, und er kam früh in Kontakt mit der Gedankenwelt der geistigen Elite Deutschlands. Im Haus seines Vaters Georg Beseler, eines bedeutenden Rechtswissenschaftlers und Germanisten, verkehrten zahlreiche Vertreter der deutschen Intelligenz. Seine Schulbildung, die ihn nach dem Willen des Vaters auf den Beruf des Historikers vorbereiten sollte, war vom humanistischen Bildungsideal des Bürgertums geprägt.

Doch Beseler entschied sich für die preußische Armee und hier für das im Aufbau begriffene Ingenieur- und Pionierkorps, wo er eine steile Karriere durchlief. Da das Korps wegen fehlender Tradition und geringen Prestiges Adlige weniger anzog, konnten bürgerliche Offiziere wie Beseler, begünstigt durch das vorherrschende Leistungsprinzip, schneller in hohe Positionen aufsteigen. Die Pioniere wurden aufgrund ihrer Aufgaben – der technischen Unterstützung des kämpfenden Heeres und der Errichtung von Befestigungen und Stellungssystemen – von den traditionellen preußischen Waffengattungen Kavallerie und Infanterie nicht als gleichwertig angesehen, wodurch ihr Standesbewusstsein weniger elitär ausgeprägt war.⁷ Zudem besaßen sie einen geschärften Blick für ihre jeweilige Umgebung und richteten ihre Arbeiten so aus, dass sie durchführbar blieben. Daher war den Pionieren – und wohl auch Beseler – vermutlich eine gewisse Bodenständigkeit zu eigen.

Beseler entwickelte durch die Erziehung in Familie und Schule, sein soziales Umfeld und die beruflichen Aufgaben eine Geisteshaltung, die sich von der autoritär-obrigkeitshörigen Haltung vieler preußischer Offiziere unterschied und ihn offener für Denk- und Handlungsalternativen machte. Dem entsprachen seine theoretischen Schriften⁸, in denen er aus der Sicht des humanistisch gebildeten Offiziers unbedingten Gehorsam und zuverlässige Pflichterfüllung als wichtigste soldatische Eigenschaften hervorhob, zugleich

⁶ Das Folgende nach: Lebenserinnerungen des Generals, ca. 1855-1920, BArch N 30/46. Siehe auch ALICJA HALAMA: Hans Hartwig von Beseler. General-Gubernator [Generalgouverneur], (masch.-schr.) Magisterarbeit Uniwersytet im. Adama Mickiewicza Poznań 2001, bes. S. 15-20 und 32-48.

⁷ Zur Zusammensetzung und zum Standesbewusstsein des preußischen Offizierkorps siehe: DETLEF BALD: Der deutsche Offizier. Sozial- und Bildungsgeschichte des deutschen Offizierkorps im 20. Jahrhundert, München 1982, S. 39-43 und 86-88; MARK R. STONEMAN: Bürgerliche und adlige Krieger: Zum Verhältnis von sozialer Herkunft und Berufskultur im wilhelminischen Armee-Offizierkorps, in: Adel und Bürgertum in Deutschland, Bd 2: Entwicklungslinien und Wendepunkte im 20. Jahrhundert, hrsg. von HEINZ REIF, Berlin 2001 (Elitenwandel in der Moderne, 2), S. 25-63, hier S. 34-37.

⁸ HANS VON BESELER: Vom Soldatenberufe, Berlin 1912; DERS.: Gedanken über Ausbildung und Truppenübungen, Berlin 1913; DERS.: Die Allgemeine Wehrpflicht. Ein Gedenkwort zum 17. März, Berlin 1913.

aber ein hohes Maß an geistiger Beweglichkeit und wissenschaftlicher Bildung für den Offiziersstand forderte.⁹

Nachdem Beseler im Ersten Weltkrieg als Kommandierender General mit der Einnahme der Festungen Antwerpen und Modlin bei Warschau glänzende militärische Erfolge errungen hatte, wurde er am 24. August 1915 zum Generalgouverneur in Warschau ernannt.¹⁰ Zwar war er weder mit der sogenannten „polnischen Frage“ vertraut noch beherrschte er die polnische Sprache, doch machte er sich auf Reisen durch das Generalgouvernement ein Bild von dem Land und der Bevölkerung. Der Kerngedanke seiner Politik bestand darin, eine straffe Verwaltung zum Nutzen der deutschen Kriegswirtschaft aufzubauen, der Bevölkerung gegenüber aber wohlwollend und gerecht zu handeln¹¹ – eine Haltung, die sich grundlegend von dem rücksichtslosen Vorgehen der Deutschen im Verwaltungsgebiet „Ober-Ost“ unterschied.¹²

Die Hoffnungen der polnischen Nationalbewegung auf eine Wiedererrichtung Polens betrachtete er zunächst argwöhnisch, denn in ihrer angeblichen „Überheblichkeit“, verbunden mit politischer Unerfahrenheit, sah er eine Gefahr für die Polen selbst wie auch für die deutsche Besatzungsmacht.¹³ Die politischen Parteien und Gruppierungen in Polen lassen sich anhand ihrer Zielsetzungen grob in drei Lager einteilen, die sich zu Kriegsbeginn zunächst über ihr Handeln bzw. Nicht-Handeln definierten und im Kriegsverlauf unterschiedliche Staatskonzepte entwickelten: Die „Aktivisten“ waren zur Zusammenarbeit mit den Besatzungsmächten bereit und suchten nach dem Vorbild der Jagiellonenkönige einen föderativ verfassten Nationalitätenstaat mit umfassender territorialer Ausdehnung nach Osten zu verwirklichen. Die „Passivisten“ hingegen lehnten eine Zusammenarbeit mit ihnen ab und hofften, mit Unterstützung der Ententemächte einen in der Tradition der Piastenkönige stehenden ethnografischen Nationalstaat unter Einbeziehung Galiziens und der zum Deutschen Reich gehörenden Ostprovinzen zu schaffen. Die internationalistisch ausgerichtete Linke schließlich erstrebte eine politische und soziale Revolution, weshalb die Wiedererrichtung Polens und jegliche Grenz-

⁹ BESELER, Vom Soldatenberufe (wie Anm. 8), S. 16 f. Dagegen ist Heinz Lemke der Meinung, dass Beseler die „für die preußische Offizierskaste typische Geisteshaltung“ teilte: HEINZ LEMKE: Allianz und Rivalität. Die Mittelmächte und Polen im Ersten Weltkrieg (bis zur Februarrevolution), Berlin (Ost) 1977, S. 192.

¹⁰ Allerhöchste Kabinetts-Ordre vom 24. August 1915 betreffend die Errichtung des General-Gouvernements Warschau, BArch N 30/6, Bl. 2.

¹¹ Bekanntmachung des Generalgouverneurs Hans v. Beseler vom 4. September 1915, in: Verordnungsblatt für das General-Gouvernement Warschau Nr. 1, 11. September 1915, BArch PHD 23/17, S. 1.

¹² Zum Verwaltungsgebiet des Oberbefehlshabers Ost siehe VEJAS G. LIULEVICIUS: Kriegsland im Osten. Eroberung, Kolonisierung und Militärherrschaft im Ersten Weltkrieg, Hamburg 2002, darin insbesondere das Kapitel „Die militärische Utopie“, S. 72–115.

¹³ Beseler an seine Frau am 21. November 1915, BArch N 30/53, Bl. 30.

fragen für sie bedeutungslos waren.¹⁴ Zur Durchsetzung seiner Politik suchte Beseler sich besonders auf die aktivistischen Parteien zu stützen, die seine politischen Vorstellungen mitzutragen bereit waren.

Kulturpolitik in Polen: Die Eröffnung der Warschauer Hochschulen

Die Wiedereröffnung der Universität und der Technischen Hochschule in Warschau stellte ein herausragendes kulturpolitisches Ereignis dar.¹⁵ Beseler unterstützte das Vorhaben, das vom Warschauer Bürgerkomitee und vom Zivilverwaltungschef Wolfgang von Kries an ihn herangetragen worden war. Er konnte die Reichsleitung und den Kaiser von den Zielen überzeugen, die Kries formuliert hatte: Mit der Eröffnung polnischer Hochschulen könnte die deutsche Besatzungsmacht sich ausdrücklich von der vorherigen Russifizierung absetzen und der einheimischen Intelligenz signalisieren, dass man nicht danach strebte, die Polen zu „entnationalisieren“¹⁶. Die polnischen Studenten würden durch universitäre Bildung der politischen Agitation sowie den Gefahren längerer Untätigkeit entzogen und dazu angehalten, sich sinnvoller und sachlicher Arbeit zu widmen. Da die universitäre Lehre der Kontrolle der deutschen Zivilverwaltung unterliegen sollte, schien zudem ein Lehrbetrieb ohne anti-deutsche Orientierung möglich.¹⁷

Darüber hinaus beabsichtigte Beseler, die Studenten für den „westlichen Kulturkreis“ zu begeistern und sie in der Abwendung von Russland zu bestärken. Die negativen Einflüsse der russischen Herrschaft auf Polen resümierte Beseler gegenüber seiner Frau: „Es ist ein schönes Land, dieses Polen, aber es trägt die Spuren einer hundertjährigen Unkultur an sich.“¹⁸ Von einem starken zivilisatorischen und kulturellen Gefälle von Westen nach Osten ausgehend hoffte er, das seiner Meinung nach historisch und kulturell zum Abendland gehörige Polen in Europa zu integrieren. Durch die Anleitung der Deutschen könne die Kultur des Abendlands in den besetzten Gebieten verbreitet und die

¹⁴ JANUSZ PAJEWSKI: *Odbudowa państwa polskiego 1914-1918* [Der Wiederaufbau des polnischen Staates 1914-1918], 4. Aufl., Poznań 2005, S. 98-102. Ausführlich zu den politischen Strömungen in Polen während des Krieges JERZY HOLZER, JAN MOLEND: *Polska w pierwszej wojnie światowej* [Polen im Ersten Weltkrieg], 3. Aufl., Warszawa 1973, S. 188-244.

¹⁵ Zusammenfassend zur Eröffnung der Warschauer Hochschulen ARKADIUSZ STEMPIN: Die Wiedererrichtung einer polnischen Universität: Warschau unter deutscher Besatzung, in: *Kollegen – Kommilitonen – Kämpfer. Europäische Universitäten im Ersten Weltkrieg*, hrsg. von TRUDE MAURER, Stuttgart 2006 (Beiträge zur Universitäts- und Wissenschaftsgeschichte, 18), S. 127-145.

¹⁶ BOGDAN VON HUTTEN-CZAPSKI: *Sechzig Jahre Politik und Gesellschaft*, Bd. 2, Berlin 1936, S. 254.

¹⁷ Ebenda, S. 253 f. Siehe auch: 2. (4.) Vierteljahrsbericht des Verwaltungschefs [Wolfgang von Kries] für die Zeit vom 1. Oktober 1915 bis zum 31. Dezember 1915, BArch PH 30 II/10, S. 68.

¹⁸ Beseler an seine Frau am 22. Oktober 1915, BArch N 30/53, Bl. 24.

„kulturelle Grenze“ zum „asiatischen“ Russland weiter nach Osten verschoben werden.¹⁹ Nach preußisch-deutschem Verständnis sollte dieses Ziel durch die Ausbildung einer gesellschaftlichen Elite erreicht werden, die nach Abzug der Besatzungsmächte die leitenden Stellungen in der Verwaltung und im öffentlichen Leben des neuen Staates übernehmen und zugleich die kulturelle Verbindung zum Deutschen Reich aufrechterhalten würde. Die Warschauer Hochschulen stellten für Beseler ein erstes Instrument dar, um auf die langfristige Annäherung Polens an den westlichen Kulturkreis hinzuwirken.²⁰

Die Wiedereröffnung der Hochschulen wurde von den deutschen Behörden mit Unterstützung des preußischen Kultusministeriums und in Zusammenarbeit mit dem Warschauer Bürgerkomitee vorangetrieben. Als staatliche Anstalten wurden sie aus deutschen Mitteln finanziert, um den Deutschen, so der spätere Kurator der Universität, Bogdan Graf von Hutten-Czapski, „einen moralischen und politischen Trumpf in die Hand [zu] geben und den Hochschulen in organisatorischer Hinsicht einen Erfolg [zu] sichern, der sich auf die jahrhundertalten Erfahrungen der deutschen Wissenschaft stützte“²¹. Trotzdem sollte es sich ausdrücklich um polnische Hochschulen handeln, was unter anderem daraus zu ersehen war, dass in der Mehrzahl polnische Dozenten berufen wurden und die Unterrichts- und Amtssprache Polnisch war.²²

In seiner Ansprache zur feierlichen Eröffnung der Universität am 15. November 1915 hob der neue Rektor Józef Brudziński die geschichtliche Bedeutung dieses Ereignisses hervor, betonte die Erziehungsaufgabe der Lehranstalten und dankte dem Generalgouverneur im Namen des polnischen Volkes.²³ Beseler drückte in seiner Antwort die Hoffnung aus, dass die Eröffnung den „Beginn einer Ära neuen geistigen Lebens“ markiere und die Jugend „wieder in die Bahnen friedlicher und fruchtbringender geistiger Tätigkeit“²⁴ zurückgeführt werde. Zudem betonte er, dass die Loslösung Polens von Russland notwendig sei, und sprach sich gegen jede Germanisierung aus. Über die Eröffnung schrieb Beseler an seine Frau, dass diese „einen sehr großen Eindruck im Lande“ hinterlassen und man damit „einen großen politischen Griff gemacht“²⁵ habe. Allerdings schränkte er diese positive Einschätzung gleich wieder ein: Die „leider sehr falschen Polen“ täten „sehr dankbar“, wovon er sich nicht täuschen lasse, da sie „im Grunde anmaßend und hochmütig“²⁶ seien. Sie wüssten die „geradezu unendlichen Wohltaten“ der deutschen Be-

¹⁹ Beseler an [Albrecht] Penck am 27. April 1916, BArch N 30/54, Bl. 29; Bericht [Beselers] über die politische Lage in Polen, 23. Januar 1916, BArch N 30/9, S. 6 f. und 12.

²⁰ STEMPIN (wie Anm. 15), S. 128-133.

²¹ HUTTEN-CZAPSKI (wie Anm. 16), S. 253.

²² STEMPIN (wie Anm. 15), S. 136.

²³ Ebenda, S. 142.

²⁴ Zitiert nach: HUTTEN-CZAPSKI (wie Anm. 16), S. 257.

²⁵ Beseler an seine Frau am 15. und 21. November 1915, BArch N 30/53, Bl. 29 f.

²⁶ Beseler an seine Frau am 17. November 1915, BArch N 30/53, Bl. 30.

satzer nicht zu schätzen, die sie schon „als den zweiten Feind“²⁷ bezeichneten. Deshalb dürfe man keinen Zweifel daran aufkommen lassen, dass „sie einstweilen zu gehorchen haben“²⁸. Hier wird eine Grundauffassung Beselers deutlich, wonach die Polen „politisch immer noch unreif“ seien und darüber hinaus unfähig, ihr Schicksal selbst in die Hand zu nehmen. Deswegen bedürften sie der Anleitung, denn wenn man sie sich selbst überließe, würden sie sich „bald auffressen“²⁹. Er deutete damit bereits an, dass die Polen sich – zu ihrem eigenen Wohl – nicht nur in kultureller, sondern auch in politischer Hinsicht unter Deutschlands Führung zu begeben hätten.

Mit der bildungspolitischen Geste der Hochschüleröffnung schien eine Richtung gewiesen, wie die kriegsbedingten Belastungen mit Hilfe einer entgegenkommenden Kulturpolitik abgemildert und dadurch die argwöhnische polnische Bevölkerung günstig gestimmt werden könnten. Dies gelang allerdings nicht auf Dauer. In der polnischen öffentlichen Meinung wurde die Eröffnung der Warschauer Hochschulen zwar als Grundlage für eine höhere nationale Bildung begrüßt.³⁰ Doch obwohl Beseler keine darüber hinausgehenden Versprechungen gemacht hatte, hoffte die polnische Bevölkerung auf weitere Zugeständnisse – gerade auch politische. Je länger diese auf sich warten ließen, desto stärker wurde der Widerspruch zwischen der Förderung der nationalen Bildung und der wirtschaftlichen Ausbeutung des Landes wahrgenommen, was das polnische Misstrauen gegen die deutsche Besatzungsmacht verstärkte.³¹

Beselers Hoffnung, die Studenten mit Hilfe wissenschaftlicher Beschäftigung der politischen Agitation zu entziehen, erfüllte sich ebenfalls nicht. Die Studentenschaft radikalisierte sich, und die Hochschulen entwickelten sich allmählich zu Zentren „deutschfeindlicher Propaganda“³². Beseler sah die schnelle Eröffnung schließlich als Fehler an und ließ die Hochschulen im Juni 1917 sogar vorübergehend schließen, nachdem es wegen des schleppenden inneren Aufbaus des polnischen Staates und der mangelnden Lebensmittelversorgung zu Unruhen und Streiks unter den Studenten gekommen war.³³

²⁷ Beseler an seine Frau am 16. Oktober 1915, BArch N 30/53, Bl. 22.

²⁸ Beseler an seine Frau am 21. November 1915, BArch N 30/53, Bl. 30, Unterstreichung im Original.

²⁹ Ebenda.

³⁰ HUTTEN-CZAPSKI (wie Anm. 16), S. 257 f.

³¹ STEMPIN (wie Anm. 15), S. 143 f.

³² WERNER CONZE: Polnische Nation und deutsche Politik im Ersten Weltkrieg, Köln u.a. 1958 (Ostmitteleuropa in Vergangenheit und Gegenwart, 4), S. 120.

³³ STEMPIN (wie Anm. 15), S. 145.

„Soldatenmaterial“ für die Mittelmächte:
Die Proklamation des Königreichs Polen

Als im Laufe des Jahres 1916 die Rückkehr der russischen Armeen nach Polen zunehmend unwahrscheinlicher wurde und die eroberten Gebiete dauerhaft unter der Herrschaft der Mittelmächte zu bleiben schienen, wurde die Frage nach der Zukunft Kongresspolens auf deutscher Seite immer drängender. In einer Reichstagsrede am 5. April 1916 betonte Reichskanzler Theobald von Bethmann Hollweg den Willen zur Lösung der „polnischen Frage“³⁴. Daraufhin nahmen das Deutsche Reich und Österreich-Ungarn Verhandlungen über die zukünftige Gestaltung der besetzten Gebiete auf, doch gingen die Auffassungen auf beiden Seiten weit auseinander. Auf die polnische Bevölkerung wirkte die „austropolnische Lösung“ mit der Angliederung Kongresspolens an das weitgehend autonome Galizien innerhalb des Vielvölkerstaats Österreich-Ungarn attraktiver.³⁵ Dagegen stand sie dem Deutschen Reich reserviert gegenüber, da die repressive preußische Polenpolitik der vergangenen Jahrzehnte wie auch die aggressive Rhetorik der deutschnationalen Vereine abschreckend wirkten.³⁶ Dieser Einstellung konnte Beseler einen positiven Akzent entgegensetzen, indem er öffentliche Feiern zum 125. Jahrestag der Verfassung vom 3. Mai 1791 gestattete.³⁷ Beseler maß den Feierlichkeiten große politische Bedeutung bei und bemerkte in Warschau einen Stimmungsumschwung zugunsten der Deutschen.³⁸

Mit seinem Bericht über die politische Lage in Polen vom 23. Juli 1916 legte der Generalgouverneur dem Kaiser einen Entwurf über die Zukunft des Landes vor. Ausgehend von der Sicherstellung des deutschen Führungsanspruchs im Osten Europas müsse ein polnischer Staat als „brauchbare Grenz-

³⁴ THEOBALD VON BETHMANN HOLLWEG: *Kriegsreden*, hrsg. und historisch kritisch eingeleitet von FRIEDRICH THIMME, Stuttgart u.a. 1919, S. 96 f.

³⁵ JOACHIM LILLA: Innen- und außenpolitische Aspekte der austropolnischen Lösung 1914-1916, in: *Mitteilungen des österreichischen Staatsarchivs* 30 (1977), S. 221-250, hier S. 222-227.

³⁶ URSULA PRUTSCH: *Historisches Gedächtnis in kulturpolitischer Machtstrategie: Deutschland, Österreich-Ungarn und die polnische Frage (1915-1918)*, in: *Ambivalenz des kulturellen Erbes. Vielfachcodierung des historischen Gedächtnisses. Paradigma: Österreich*, hrsg. von MORITZ CSÁKY und KLAUS ZEYRINGER, Wien – München 2000 (Paradigma: Zentraleuropa, 1), S. 69-91, hier S. 84. In der Kriegszielpolitik und polenfeindlichen Propaganda der „Alldutschen“ und „Hakatisten“ sah Beseler eine starke Beeinträchtigung seiner Tätigkeit in Polen, zumal sie ihn wegen seiner nachsichtigen Haltung gegenüber den Polen kritisierten. Nach eigener Aussage ließ er sich davon jedoch nicht beeinflussen. Beseler an seine Frau am 21. November 1915, BArch N 30/53, Bl. 30; Beseler an seinen Bruder [Maximilian Beseler, preußischer Justizminister] am 13. März 1917, BArch N 30/55, Bl. 37b.

³⁷ PRUTSCH (wie Anm. 36), S. 82 f.

³⁸ Beseler an seine Frau am 3. und 5. Mai 1916, BArch N 30/54, Bl. 32 f.; 4. (6.) Vierteljahrsbericht des Verwaltungschefs für die Zeit vom 1. April bis zum 30. Juni 1916, BArch PH 30 II/12, S. 9.

wehr gegen Osten“³⁹ in politischer, wirtschaftlicher und militärischer Abhängigkeit vom Deutschen Reich geschaffen werden. Zudem empfahl Beseler die Annexion eines Grenzstreifens entlang der „Bobr-Narew-Linie“ über Grodno bis nach Modlin, um die „Beherrschung von ganz Polen“ zu garantieren. Darauf könne aus strategischen Gründen nicht verzichtet werden.⁴⁰ Zur Aufstellung eines polnischen Heeres während des Krieges äußerte er sich zurückhaltend: Erst wenn über die staatliche Zukunft Polens entschieden sei, könne mit der Organisation militärischer Einheiten begonnen werden.⁴¹

Der Bericht ist geprägt von einem Sicherheitsbedürfnis gegenüber Russland, das Beseler als gefährlichsten Feind des Deutschen Reiches ansah.⁴² In seiner Argumentation treten militärische „Notwendigkeiten“ sowie politische und wirtschaftliche Beweggründe deutlich hervor. Über seine Annexionsabsichten schrieb Beseler seiner Frau nach einer Besichtigung der „Bobr-Narew-Linie“: „Ich bin in meinen Ansichten über unsere neue Grenze nun vollkommen bestärkt worden und werde alles daran setzen, sie zu erlangen. Sie ist von einer so enormen militärischen Bedeutung, daß alle politischen Rücksichten schweigen sollten.“⁴³ Die Forderungen der Obersten Heeresleitung nach Umsiedlung der polnischen Bevölkerung aus diesen Gebieten lehnte Beseler jedoch ebenso strikt ab wie jede weitergehende territoriale Einschnürung Polens.⁴⁴ Vielmehr befürwortete er als Ausgleich die Ausdehnung des zukünftigen polnischen Staates nach Osten, was den später als „jagiellonische Idee“ bezeichneten territorialen Vorstellungen der polnischen „Aktivisten“ entsprach, von denen er beraten wurde.

Beseler streifte in seinem Bericht einen Gedanken, der im Laufe des Jahres 1916 stark an Bedeutung gewonnen hatte und nun in den Mittelpunkt der Planungen rückte: Das militärische Potential Polens sollte für die Kriegsführung der Mittelmächte ausgenutzt werden. Bereits im September 1915 hatte Generalstabschef Erich von Falkenhayn auf das „Menschenreservoir“ Polens hingewiesen und die Verstärkung der deutschen Armee durch polni-

³⁹ Bericht über die politische Lage in Polen, 23. Juli 1916, BArch N 30/9, S. 2.

⁴⁰ Ebenda, S. 4. Siehe auch IMANUEL GEISS: Der polnische Grenzstreifen. Ein Beitrag zur deutschen Kriegszielpolitik im Ersten Weltkrieg, Lübeck u.a. 1960, S. 112 f.

⁴¹ Bericht über die politische Lage in Polen, 23. Juli 1916, BArch N 30/9, S. 7.

⁴² Zur Wahrnehmung einer russischen Bedrohung vor und während des Ersten Weltkriegs: THOMAS LINDEMANN: Die Macht der Perzeptionen und die Perzeption von Mächten, Berlin 2000 (Beiträge zur politischen Wissenschaft, 118), bes. S. 199-251.

⁴³ Beseler an seine Frau am 29. Juli 1916, BArch N 30/54, Bl. 50. Siehe auch GERHARD RITTER: Staatskunst und Kriegshandwerk, Bd. 3: Die Tragödie der Staatskunst. Bethmann Hollweg als Kriegskanzler (1914-1917), München 1964, S. 267-270.

⁴⁴ Bericht über die politische Lage in Polen, 23. Juli 1916, BArch N 30/9, S. 4 und 9 f. Zu den Umsiedlungsplänen der Obersten Heeresleitung siehe WOLFGANG J. MOMMSEN: Anfänge des *ethnic cleansing* und der Umsiedlungspolitik im Ersten Weltkrieg, in: Mentalitäten – Nationen – Spannungsfelder. Studien zu Mittel- und Osteuropa im 19. und 20. Jahrhundert, hrsg. von EDUARD MÜHLE, Marburg 2001, S. 147-162, hier S. 159 f.

sche Soldaten erwogen. Im Juli 1916 griff er diesen Plan angesichts der schwierigen militärischen Lage wieder auf, da er von rund einer Million wehrfähigen Männern in Polen eine große Zahl zu mobilisieren hoffte. Beseler unterstützte diesen Plan, rechnete allerdings nur mit knapp 36 000 polnischen Rekruten, die innerhalb von acht Monaten einsatzfähig sein sollten.⁴⁵

Als Anreiz für die Polen, sich freiwillig zu melden und an der Seite der Mittelmächte zu kämpfen, empfahl Beseler, eine verbindliche öffentliche Erklärung über die staatliche Zukunft Polens abzugeben. Dies sei die „Vorbereitung für irgendwelche nennenswerte Ausnutzung [von Polens] Wehrkraft“⁴⁶ und sollte als politisches Entgegenkommen dienen, um möglichst viel „Soldatenmaterial“⁴⁷ für die Kriegsführung gegen Russland zu erhalten. Hingegen sei der Ausbau des Staatswesens seiner Ansicht nach nur langsam voranzutreiben, ohne den Polen wirkliche Verfügungsgewalt zu übertragen.⁴⁸ Beseler befürwortete die Errichtung eines polnischen Staates aufgrund militärischer Erwägungen, auch wenn dies ein starker Eingriff der militärischen Führung in die deutsche Politik war.

Auf der Wiener Konferenz am 11. und 12. August 1916 erzielten Bethmann Hollweg und der österreichisch-ungarische Außenminister Stephan Graf Burián, ohne polnische Vertreter in die Verhandlungen einzubeziehen, eine Einigung über die Wiedererrichtung des polnischen Staates. Dieser sollte in politischer und wirtschaftlicher Abhängigkeit in das Bündnis der Mittelmächte eingegliedert werden und keine eigene auswärtige Politik betreiben können, sondern lediglich die innere Verwaltung autonom gestalten dürfen. Zudem behielten sich das Deutsche Reich und Österreich-Ungarn etwaige Grenzberichtigungen vor.⁴⁹ Doch Beseler, der an der Wiener Konferenz nicht teilgenommen hatte, sah den größten Missstand nicht beseitigt: die Aufteilung Polens in zwei Besatzungsgebiete. Wiederholt drängte er Reichsleitung und Oberste Heeresleitung, auf die Vereinigung der beiden Generalgouvernements hinzuwirken⁵⁰ – wenn dies nicht zu erreichen sei, müsse er von der Wiedererrichtung Polens abraten.⁵¹

⁴⁵ Beseler an Falkenhayn am 23. August 1916, BArch N 30/10, Bl. 29-35; Beseler an Bethmann Hollweg am 3. Oktober 1916, BArch N 30/13, Bl. 115.

⁴⁶ Beseler an Falkenhayn am 23. August 1916, BArch N 30/10, Bl. 30.

⁴⁷ CONZE (wie Anm. 32), S. 195.

⁴⁸ Beseler an Bethmann Hollweg am 20. August 1916, BArch N 30/12, Bl. 131-133.

⁴⁹ Aufzeichnung über die in Wien am 11. und 12. August 1916 geführten Verhandlungen, BArch N 30/12, Bl. 118 f. Siehe auch WOLFGANG STEGLICH, WILHELM E. WINTERHAGER: Die Polenproklamation vom 5. November 1916, in: Militärgeschichtliche Mitteilungen 23 (1978), S. 105-146, hier S. 110 f.

⁵⁰ Beseler an Hindenburg am 19. September 1916, BArch N 30/10, Bl. 37; Beseler an Bethmann Hollweg am 23. September 1916, BArch N 30/13, Bl. 75.

⁵¹ Beseler an Hindenburg am 13. Oktober 1916, BArch N 30/10, Bl. 94.

Als sich im Deutschen Reich Widerspruch gegen die Planungen in Polen regte, erbot sich Beseler, diesen „persönlich zu bekämpfen“⁵². In Sitzungen mit den Staatsministern und mit den Fraktionsführern des Reichstags und des Preußischen Abgeordnetenhauses hielt er Reden zur Rechtfertigung der beabsichtigten Errichtung des polnischen Staates, in denen er neben den militärstrategischen Argumenten auch die kulturellen Gemeinsamkeiten zwischen Deutschland und Polen hervorhob. Beseler führte aus, dass in den politischen Kreisen Polens die kulturellen und religiösen Gegensätze zu Russland ebenso nachdrücklich betont würden wie der Wunsch einer politischen Anlehnung an das Deutsche Reich. Davon ausgehend skizzierte er Polen als eine „den östlichen Schutzwall verteidigende Vorhut“⁵³ der Mittelmächte und unterstrich die dazu erforderliche Schaffung eines polnischen Heeres. Seinen Tagebuchaufzeichnungen zufolge gelang es ihm, zahlreiche Bedenken zu zerstreuen, auch wenn er nicht alle Zuhörer für seine Politik gewinnen konnte.⁵⁴ Bethmann Hollweg schien von der Überzeugungskraft des Generalgouverneurs so beeindruckt, dass er diesen zu Verhandlungen mit den Vertretern Österreich-Ungarns in das Große Hauptquartier nach Pleß lud.⁵⁵

Bei dieser Konferenz am 18. Oktober 1916 hat Beseler maßgeblich zu einem Kompromiss zwischen den Verhandlungspartnern beigetragen.⁵⁶ Das Ergebnis hielt er in seinem Tagebuch fest: „Nach langen Kämpfen erreichen wir: Proklamation, Delegation der Österreicher in Warschau, Aushebung unter deutscher Leitung!! Anbahnung der einheitlichen Verwaltung der beiden Okkupat. Gebiete. Wir haben wieder nicht Alles, aber doch ein gutes Stück erreicht.“⁵⁷ Die Verbündeten verständigten sich zudem darauf, dass die polnischen Legionen unter Führung Józef Piłsudskis den Kern des neuen polnischen Heeres bilden sollten. Der Werbeauftrag sei möglichst bald, nach Beselers Ansicht sogar unmittelbar nach der Proklamation zu erlassen, um deren positive Wirkung nicht „verpuffen“ zu lassen.⁵⁸

⁵² Beseler an Bethmann Hollweg am 3. Oktober 1916, BArch N 30/13, Bl. 115.

⁵³ Protokoll über die Verhandlungen des Staatsministeriums betr. die Neugestaltung Polens vom 8. Oktober 1916, Abschrift, ebenda, Bl. 261-294, Zitat Bl. 264.

⁵⁴ Tagebucheinträge vom 8. und 9. Oktober 1916, BArch N 30/2, Bl. 6; Bethmann Hollweg an Hindenburg, Abschrift an Beseler, 10. Oktober 1916, BArch N 30/13, Bl. 141-145. PAJEWSKI (wie Anm. 14), S. 111.

⁵⁵ Der Leiter der Archivverwaltung beim Generalgouvernement Warschau, Adolf Warschauer, beschrieb Beseler als Mensch „von glänzender Beredsamkeit“, der jedoch dazu neigte, „die Bewegkraft der Rede den realen Tatsachen gegenüber zu hoch einzuschätzen“. ADOLF WARSCHAUER: Deutsche Kulturarbeit in der Ostmark. Erinnerungen aus vier Jahrzehnten, Berlin 1926, S. 298.

⁵⁶ CONZE (wie Anm. 32), S. 214 f.

⁵⁷ Tagebucheintrag vom 18. Oktober 1916, BArch N 30/2, Bl. 7.

⁵⁸ Ergebnisprotokoll der Verhandlungen zu Pleß am 18. Oktober 1916, BArch N 30/13, Bl. 157-159. Das Drängen auf den sofortigen Beginn der Werbungen sieht Heinz Lemke als „eklatanten Beweis“ für Beselers Unkenntnis der politischen Lage in Polen, die ausschlaggebend für das Scheitern von Proklamation und „Heeresaufruf“ gewesen

Neben der Errichtung eines polnischen Staates befürwortete Beseler die Entsendung von polnischen Politikern zu den Regierungen der Mittelmächte, die dort Gelegenheit bekommen sollten, ihre Vorstellungen über die Wiedererrichtung Polens vorzubringen.⁵⁹ Zwar wurde Ende Oktober 1916 eine polnische Delegation von Bethmann Hollweg in Berlin und anschließend von Burián in Wien empfangen, doch wurden ihre Wünsche nach Aufhebung der Grenze zwischen den Generalgouvernements und der Schaffung politischer Institutionen noch vor dem Werbeauftrag für das polnische Heer nicht mehr berücksichtigt.⁶⁰

Am 5. November 1916 verkündeten die Generalgouverneure Beseler in Warschau und Karl Kuk in Lublin die Proklamation des Königreichs Polen. Darin wurde die Bildung eines selbständigen Staates mit erblicher Monarchie und konstitutioneller Verfassung im Anschluss an die Mittelmächte in Aussicht gestellt. In einer eigenen Armee sollte das Königreich an den Ruhm der „polnischen Heere früherer Zeiten“ anknüpfen. Die staatliche und nationale Entwicklung Polens habe „unter gebotener Rücksichtnahme auf die allgemeinen politischen Verhältnisse Europas“⁶¹, also auf die übergeordneten Interessen der Mittelmächte, zu erfolgen. In Bezug auf die Gestaltung des Staatswesens, die Berufung eines Regenten oder die Festlegung der Grenzen fehlten jedoch konkrete Angaben. Seiner Frau beschrieb Beseler das Ereignis wie folgt: „Eben habe ich auf dem Schloß vor einer Riesenversammlung die Proklamation verlesen; es gab großen Jubel und eine Mords-Gaudi! Na das ist Strohfeuer und man darf es nicht allzu hoch einschätzen, aber es war doch ein großer und wills Gott Gutes verheißender Augenblick.“⁶² Vier Tage später, am 9. November, erfolgte der Werbeauftrag für das polnische Heer: Alle wehrfähigen Männer wurden zur freiwilligen Meldung aufgefordert, um „an der Seite der Mittelmächte den Sieg gegen euren Unterdrücker vollenden zu helfen“⁶³. Doch dieser „Heeresauftrag“ stieß bei den Polen auf breite Ablehnung,

sei, da Reichsleitung und Oberste Heeresleitung auf Beselers Einschätzung vertrauten. LEMKE (wie Anm. 9), S. 354 f. Auch wenn Lemke darin zuzustimmen ist, dass Beseler die Verantwortung für das Misslingen des „Heeresauftrags“ trug, erfolgte der Entschluss dazu nicht aus Unkenntnis der politischen Situation, sondern in Kenntnis der Bedenken von polnischer Seite und ohne Rücksicht darauf, wobei der Wunsch nach rascher militärischer Verstärkung handlungsleitend war.

⁵⁹ Beseler an Bethmann Hollweg am 25. September 1916, BArch N 30/13, Bl. 87-93.

⁶⁰ PAJEWSKI (wie Anm. 14), S. 111-113; STEGLICH/WINTERHAGER (wie Anm. 49), S. 112 und 117 f.

⁶¹ Manifest des deutschen Generalgouverneurs in Warschau General d. Inf. v. Beseler vom 5. November 1916, BArch N 30/21, Bl. 55.

⁶² Beseler an seine Frau am 5. November 1916, BArch N 30/54, Bl. 69.

⁶³ Der Ruf zu den Waffen, in: Warschauer Zeitung vom 10. November 1916, BArch N 30/21, Bl. 83.

sie misstrauten der als große politische Geste gedachten Proklamation, der lediglich im militärischen Bereich eine praktische Umsetzung folgte.⁶⁴

Beseler hingegen war fest davon überzeugt, „den Weg zu der denkbar besten Lösung einer Frage gewiesen zu haben, die über die Zukunft Deutschlands im Osten entscheiden wird“⁶⁵. Auf die polnischen Forderungen nach Schaffung von politischen Institutionen und Einsetzung einer Regierung mit Machtbefugnissen reagierte er ablehnend und rief die polnischen Politiker zur Zurückhaltung auf. Dies begründete er seiner Frau gegenüber mit der angeblichen politischen Unreife der Polen, da dieses „Volk von Kindern und Phantasten [...] die ernste Staatsgesinnung durch einen überspannten, äußerlichen Patriotismus“ ersetze und sich „an Reden und z.T. schönen Liedern“⁶⁶ berausche. Es bedürfe daher der „bestimmtesten Führung“⁶⁷, bevor man ihm einen Staat überantworten könne.

Den Aufruf für das polnische Heer bewertete Beseler zunächst optimistisch: „Ich hoffe, daß die Polen nun kommen werden, da sie sehen, daß sie polnische Soldaten werden sollen, und nicht deutsche!“⁶⁸ Doch als der erwartete massenhafte Eintritt in das polnische Heer ausblieb, sah er seine Vorurteile bestätigt: „Sie sind eben wie die Kinder, die sagen ‚wenn ich nicht den Soldaten mit dem grünen Rock bekomme, [...] spiele ich nicht mit‘!“⁶⁹ Zu diesem Zeitpunkt schätzte Beseler die Erfolgsaussichten der Heeresbildung – des hauptsächlichen Ziels der Proklamation – bereits als gering ein. Von einem Scheitern der Staatsgründung wollte er aber nicht sprechen, auch wenn sie bislang wenig erfolgreich verlaufen sei. Den Polen dagegen hatte der „Ruf zu den Waffen“, ohne zuvor staatliche Institutionen zu schaffen, die wahren Absichten der Besatzer offenbart: Die inhaltsarme Proklamation hatte ihre Unabhängigkeitsträume beflügeln und sie zum Eintritt in das Heer bewegen

⁶⁴ Während Werner Conze die hoffnungsvollen Ansätze der Proklamation durch den „Heeresaufruf“ vereitelt sieht, bezeichnet Werner Basler die Proklamation als „vorbedachtes Täuschungs- und Betrugsmanöver“ zur Zementierung der Abhängigkeit Polens von den Mittelmächten, ohne jedoch auf den Zusammenhang von Proklamation und „Heeresaufruf“ einzugehen. CONZE (wie Anm. 32), S. 232 f.; WERNER BASLER: Deutschlands Annexionspolitik in Polen und im Baltikum 1914-1918, Berlin (Ost) 1962 (Veröffentlichungen des Instituts für Geschichte der Völker der UdSSR an der Martin-Luther-Universität Halle-Wittenberg, Reihe B, 3), S. 154.

⁶⁵ Beseler an seine Frau am 11. November 1916, BArch N 30/54, Bl. 70, Unterstreichung im Original.

⁶⁶ Beseler an seine Frau am 13. November 1916, ebenda, Bl. 72.

⁶⁷ Beseler an seine Frau am 18. November 1916, ebenda, Bl. 73.

⁶⁸ Beseler an seine Frau am 11. November 1916, ebenda, Bl. 71, Unterstreichung im Original.

⁶⁹ Beseler an seine Frau am 16. November 1916, ebenda, Bl. 73, Unterstreichung im Original.

sollen. Nun jedoch waren die deutschen Absichten in ihren Augen stark diskreditiert.⁷⁰

Beseler, der die Proklamation des polnischen Staates und den „Heeresaufruf“ energisch betrieben hatte, fiel ein beträchtlicher Teil der Verantwortung für den Misserfolg zu: Den maßgebenden Stellen des Deutschen Reiches und Österreich-Ungarns hatte er seine Einschätzung der politischen Situation in Polen vorgetragen, um seiner Ansicht über die Ausnutzung des dortigen militärischen Potentials Geltung zu verschaffen. Doch mit seinem Drängen auf einen unverzüglichen „Heeresaufruf“, noch vor der Einberufung einer polnischen Regierung, hatte er entscheidend zum Misslingen seines Vorhabens beigetragen. Schon bald fasste er deshalb auch den politischen Aufbau des polnischen Staates ins Auge.

Der Provisorische Staatsrat: Politische Körperschaft im Zeichen der Heeresbildung

Als der Misserfolg der Werbungen nur wenige Tage nach dem „Heeresaufruf“ absehbar war, verkündete Beseler am 12. November 1916, ohne Rücksprache mit der Reichsleitung zu halten, die Bildung eines Staatsrats für das Königreich Polen.⁷¹ Damit überschritt er seine Kompetenzen, was er nachträglich gegenüber Bethmann Hollweg wie folgt begründete: „Die politische Lage hier forderte aber gebieterisch schnelles Handeln und Hervortreten mit den in meiner Verordnung in Aussicht gestellten allgemeinen Absichten. Jedes Zögern konnte bei der Unberechenbarkeit der Polen unsere ganze militärische Aktion in Frage stellen.“⁷² Die Verordnung trat nicht in Kraft. Beselers eigenmächtiges Handeln sorgte zwar für politische Unstimmigkeiten zwischen dem Deutschen Reich und Österreich-Ungarn, beschleunigte aber die Beratungen über die Einberufung eines Staatsrats. Ende November 1916 wurde eine Einigung darüber erzielt, dass der Provisorische Staatsrat eine polnische Regierung für das gesamte Königreich Polen repräsentieren und am Aufbau des Staates mitwirken, vorläufig jedoch ausschließlich beratende Funktion besitzen sollte.⁷³ Beseler zufolge sollte die Schaffung des Staatsrats den „Heeresaufruf“ nachträglich legitimieren.⁷⁴

⁷⁰ HOLZER/MOLENDA (wie Anm. 14), S. 253 f.; MARTIN BROZAT: *Zweihundert Jahre deutsche Polenpolitik*, 3. rev. u. erw. Aufl., Frankfurt a.M. 1981, S. 189 f.

⁷¹ Verordnung über die Bildung eines Staatsrats und eines Vereinigten Landtags im Königreich Polen, in: *Verordnungsblatt für das General-Gouvernement Warschau* Nr. 52, 13. November 1916, BArch PHD 23/17, S. 12-15; HEINZ LEMKE: *Die Politik der Mittelmächte in Polen von der Novemberproklamation 1916 bis zum Zusammentritt des Provisorischen Staatsrats*, in: *Jahrbuch für Geschichte der UdSSR und der volkdemokratischen Länder Europas* 6 (1962), S. 69-138, hier S. 88-91.

⁷² Beseler an Bethmann Hollweg, Abschrift an Ludendorff, 14. November 1916, BArch N 30/10, Bl. 106 f.

⁷³ Protokoll über die am 25. und 26. November in Warschau zwischen dem k.u.k. Generalgouverneur in Lublin Feldzeugmeister Kuk und dem Kaiserl. Deutschen Generalgou-

Am 15. Dezember 1916 hielt der Generalgouverneur eine Ansprache vor rund vierzig polnischen Parteiführern und Politikern, die für ein Staatsratsmandat in Frage kamen. Nachdem er Polens enge Verbindung mit der westlichen Kultur und der römisch-katholischen Kirche hervorgehoben und die deutsche Hilfe beim Aufbau des Staates betont hatte, kam er zum Kernpunkt seiner Rede, der Heeresbildung. Eindringlich legte Beseler seinen Zuhörern die Bedeutung eines polnischen Heeres dar, denn ein Staat ohne Heer sei schlichtweg undenkbar, weil völlig machtlos, „und ein Staat ohne Macht ist nichts“⁷⁵. Ein schlagkräftiges Heer sei nicht nur zur Verteidigung, sondern auch aus erzieherischen Gründen bedeutsam, da der Jugend hier die Tugenden Pflichterfüllung, Ehre und Vaterlandsliebe anezogen würden. Es sei daher unverständlich, warum das deutsche Angebot zur Heeresbildung von polnischer Seite nicht angenommen werde.⁷⁶ Die Rede habe einen tiefen Eindruck gemacht, teilte Beseler seiner Frau mit, auch wenn er keinen Meinungsumschwung erwarte: „Es ist traurig, ein so begabtes Volk in sein Unglück rennen zu sehen, aber fast fürchte ich, den Lauf nicht mehr hemmen zu können.“ In diesem Zusammenhang bezeichnete er die Polen als „phantastische Pseudopatrioten“ und „Narren“, da sie seinen politischen Vorstellungen nicht folgen wollten.⁷⁷

Die feierliche Eröffnung des Provisorischen Staatsrats fand am 14. Januar 1917 statt. Die 25 Mitglieder entstammten größtenteils dem aktivistischen Lager, Anhänger der passivistischen Nationaldemokratie waren nicht einbezogen worden, so dass „ein großer Teil des polnischen Volkes in Kongreßpolen sich im Staatsrat nicht vertreten fühlen würde“⁷⁸, wie Beseler feststellte. Unter den Mitgliedern war auch Józef Piłsudski, der wegen seines hohen Ansehens als herausragender Führer der polnischen Legionen berufen wurde. Dieser werde in Polen wie ein Nationalheiliger verehrt, berichtete Beseler dem Reichskanzler, ihm allein traue die Bevölkerung zu, ein polnisches Heer zu organisieren und zu führen. Der Generalgouverneur hatte zuvor der Berufung Piłsudskis in den Staatsrat trotz starker Bedenken wegen dessen Unberechenbarkeit zugestimmt.⁷⁹

verneur General der Infanterie von Beseler geführten Verhandlungen über die Bildung eines Provisorischen Staatsrats im Königreich Polen, BArch N 30/13, Bl. 367-369; Verordnung betreffend den Provisorischen Staatsrat im Königreich Polen, in: Verordnungsblatt für das General-Gouvernement Warschau Nr. 55, 6. Dezember 1916, BArch PHD 23/17, S. 78 f.

⁷⁴ Bericht über die politische Lage in Polen, 13. April 1917, BArch N 30/9, S. 1 f.

⁷⁵ Ansprache des Generalgouverneurs von Beseler, Warschau, Schloß, am 15. Dezember 1916. Amtliches Stenogramm, BArch PH 30 II/55, S. 12.

⁷⁶ Ebenda, S. 28-30.

⁷⁷ Beseler an seine Frau am 18. Dezember 1916, BArch N 30/54, Bl. 80.

⁷⁸ Beseler an Bethmann Hollweg am 5. Januar 1917, BArch N 30/14, Bl. 17-22.

⁷⁹ Beseler an Bethmann Hollweg am 20. Dezember 1916, BArch N 30/13, Bl. 407-417. Siehe auch: CONZE (wie Anm. 32), S. 243-245; LEMKE, Allianz und Rivalität (wie Anm. 9), S. 396-400.

Beseler sah es als seine Aufgabe an, dem Staatsrat die Arbeit „richtig vorzuzeichnen und in die rechten Bahnen zu leiten“⁸⁰; als wichtigstes Ziel galt ihm weiterhin die Heeresbildung: „Vor allen Dingen muß es jetzt mit der Armee vorwärts gehen; die Stimmung soll dafür sein: die Kerls müssen sich ja eigentlich dafür schämen, daß sie immer nur unsere Leute für sich bluten lassen.“⁸¹ Doch musste er mit wachsender Verbitterung zur Kenntnis nehmen, dass seine Bemühungen zur Aufstellung eines polnischen Heeres ausgerechnet von der Obersten Heeresleitung durchkreuzt wurden. Bereits Ende 1916 hatte diese verlangt, künftig einen harten Kurs in Polen einzuschlagen und Beseler, der dafür ungeeignet sei, abzulösen. Dieser Forderung wurde jedoch nicht entsprochen.⁸²

Anfang des Jahres 1917 entzündete sich ein Streit zwischen Beseler und General Erich Ludendorff über den Wortlaut der Eidesformel für das polnische Heer. Ludendorff forderte, die polnischen Rekruten einen Eid auf die Kaiser der Mittelmächte leisten zu lassen; der Generalgouverneur dagegen warnte, dass ein Eid ohne Bezug zu Polen nur schwer vermittelbar sei und die Werbungen stark beeinträchtigen würde. Auf einer Sitzung in Berlin am 13. Februar 1917 verteidigte er seine Auffassung nach eigener Aussage „sehr energisch“, konnte sich jedoch nicht durchsetzen.⁸³ In seiner privaten Korrespondenz äußerte sich Beseler in der Folge abfällig über Ludendorff. Dessen militärische Fähigkeiten bewunderte er, stellte aber auch fest, dass dieser „unerhört kurzsichtig und verständnislos in der Politik ist und eine seinen geistigen Fähigkeiten (im höheren Sinne) nicht angemessene Stellung bekleidet“⁸⁴. Die zunehmende Machtfülle Ludendorffs beschrieb Beseler seiner Frau: „[...] der Kaiser ist an den bisherigen Entscheidungen nicht beteiligt gewesen“, sei aber „vollkommen mit Bethmann und mir in der Geschäftsführung einverstanden; [...] leider ist Ludendorff mächtiger wie er (d. Kaiser)!!“⁸⁵

Während Beseler mit den deutschen Stellen um die Anerkennung und Durchsetzung seiner Politik geradezu ringen musste, äußerte er sich über die Zusammenarbeit mit dem Provisorischen Staatsrat in den ersten Monaten des

⁸⁰ Beseler an seine Frau am 17. und 21. Januar 1917, BArch N 30/55, Bl. 5 und 6.

⁸¹ Beseler an seine Frau am 14. Januar 1917, ebenda, Bl. 3, Unterstreichung im Original.

⁸² LEMKE, Politik der Mittelmächte (wie Anm. 71), S. 131; GEISS (wie Anm. 40), S. 38. Ob Beseler von dieser Angelegenheit wusste, ist aus den ausgewerteten Akten und Selbstzeugnissen nicht erkennbar, jedenfalls erwähnte er sie nicht.

⁸³ Tagebucheintrag vom 13. Februar 1917, BArch N 30/2, Bl. 12. Siehe auch: Protokoll der Sitzung im Reichskanzler-Palais am 13. Februar 1917, BArch N 30/14, Bl. 85-100.

⁸⁴ Beseler an seine Frau am 15. April 1917, BArch N 30/55, Bl. 50, Unterstreichung im Original.

⁸⁵ Beseler an seine Frau am 8. März 1917, BArch N 30/55, Bl. 34, Unterstreichung im Original. Siehe auch MARTIN KITCHEN: *The Silent Dictatorship. The Politics of the German High Command under Hindenburg and Ludendorff, 1916-1918*, New York 1976, S. 271-278.

Jahres 1917 überwiegend günstig.⁸⁶ Der gute Eindruck hing vermutlich damit zusammen, dass der Staatsrat sich mit den geringen Machtbefugnissen zufrieden gab und vorerst keine Ansprüche auf eine größere Beteiligung an den politischen Entscheidungen erhob. Auch veranstaltete der Generalgouverneur im Februar und März 1917 mehrere „Staatsratsdiner“ mit Vertretern der deutschen Besatzungsmacht und Staatsratsmitgliedern, die für ein größeres gegenseitiges Verständnis gesorgt haben werden.⁸⁷

Zudem bemühte sich Beseler, das Verhältnis zur polnischen Bevölkerung zu verbessern. Hatte er noch im März 1916 die deutschen Beamten und Soldaten in einer geheimen Verordnung dazu angehalten, sich den Polen gegenüber absolut neutral zu verhalten und geselligen Verkehr möglichst zu meiden⁸⁸, so änderte sich die Lage mit der Proklamation vom 5. November 1916 grundlegend. Nun herrschte offiziell ein freundschaftliches Verhältnis zwischen dem Deutschen Reich und Polen, weswegen die vorsichtige Anknüpfung persönlicher und gesellschaftlicher Beziehungen wünschenswert sei, um ein gegenseitiges Vertrauensverhältnis zu entwickeln.⁸⁹ Ob sich diese Hoffnung erfüllte, ist jedoch zweifelhaft. Vielmehr berichtete Zivilverwaltungschef Kries, dass insbesondere die Landbevölkerung den Steuerzahlungen und Getreidelieferungen nicht mehr nachkomme, da ihrer Meinung nach die deutschen Besatzer im „freien Königreich Polen“ nicht mehr zu befehlen hätten.⁹⁰ Dieser „Verweigerungshaltung“ sei mit hartem Durchgreifen zu begegnen⁹¹, was wohl auch umgesetzt wurde, denn die Klagen der polnischen Bevölkerung über das schneidige und rohe Vorgehen der Deutschen häuften sich. Beseler wies deshalb darauf hin, dass die Umsetzung der Politik und die

⁸⁶ Beseler an seine Tochter Katharina am 24. Februar 1917, BArch N 30/55, Bl. 30; Beseler an seine Frau am 27. Februar 1917, ebenda, Bl. 29b; Beseler an seinen Bruder am 13. März 1917, ebenda, Bl. 37a.

⁸⁷ Tagebucheintrag vom 25. Februar 1917, BArch N 30/2, Bl. 12; Beseler an seine Frau am 4. März 1917, BArch N 30/55, Bl. 33.

⁸⁸ [Erlass des Generalgouverneurs über die] Gesellschaftliche Stellung zu den Polen, 10. März 1916, BArch N 30/6, Bl. 29.

⁸⁹ [Erlass des Generalgouverneurs über die] Gesellschaftliche Stellung zu den Polen, 20. November 1916, ebenda, Bl. 38.

⁹⁰ Abdruck des vom Verwaltungschef bereits verfaßten, aber gemäß Anordnung des Großen Hauptquartiers vom 13. Januar 1917 nicht zur Einreichung gelangten 6. (8.) Vierteljahrsberichts des Verwaltungschefs für die Zeit vom 1. Oktober bis zum 31. Dezember 1916, BArch PH 30 II/14, S. 56. Ähnliches galt für das Militärgeneralgouvernement Lublin: ARTHUR HAUSNER: Die Polenpolitik der Mittelmächte und die österreichisch-ungarische Militärverwaltung in Polen während des Weltkrieges, Wien 1935, S. 91.

⁹¹ Halbjahrsbericht des Verwaltungschefs bei dem Generalgouvernement Warschau für die Zeit vom 1. Oktober 1916 bis zum 31. März 1917, BArch PH 30 II/15, S. 73.

Behandlung der Bevölkerung nicht im Ermessen Einzelner liege, sondern seinen übergeordneten Richtlinien zu folgen habe.⁹²

Als Beseler Anfang April 1917 schließlich den Oberbefehl über die polnischen Legionen erhielt, hoffte er auf eine rasche Bildung des polnischen Heeres. Sorgen bereitete ihm allerdings die Februarrevolution in Russland: Da das alte Feindbild des Zarismus verschwinde, könne man nicht mehr den „Krieg bis aufs Messer“ gegen Russland predigen, so dass einem zweiten „Heeresaufruf“ die Zugkraft fehlen werde.⁹³ Daher drängte Beseler auf weitere Konzessionen. So habe man die wirtschaftliche Ausbeutung Polens zu vermindern, die Grenzen festzulegen, eine Verfassung auszuarbeiten, das staatsrechtliche Verhältnis zu den Mittelmächten zu klären und den Ausbau von Landesverteidigung und Heerwesen weiter voranzutreiben.⁹⁴ Die Zusage dazu erhielt er in Besprechungen mit Bethmann Hollweg⁹⁵ und mit Wilhelm II., der dem Generalgouverneur überdies größere Handlungsfreiheit einräumte und Polen nicht mehr als besetztes Gebiet, sondern als befreundetes Land behandelt sehen wollte.⁹⁶ Darüber hinaus versicherte sich Beseler auch der Zustimmung der Obersten Heeresleitung.⁹⁷ Somit stimmten im Juni 1917 die übergeordneten Stellen zumindest formell mit den politischen Vorstellungen Beselers überein, was allerdings nicht dazu führte, dass sie in der Folge ihre Politik in Polen geändert hätten.

Auf den am 21. Mai 1917 veröffentlichten „Aufruf an das polnische Heer“ hatten sich knapp 2 000 Freiwillige gemeldet.⁹⁸ Die Vereidigung wurde auf den 9. Juli festgelegt, nachdem die Mittelmächte in langen Beratungen eine endgültige Einigung über die Details der Heeresfrage erzielt hatten. Doch Anfang Juli 1917 legten Piłsudski und drei weitere Mitglieder des Staatsrats aus Protest gegen den zu langsamen inneren Ausbau des polnischen Staates und gegen den deutschen Oberbefehl über das polnische Heer ihre Mandate

⁹² Beseler an die Armeeeintendantur des Generalgouvernements Warschau am 7. August 1917 [abschriftlich an Kriegsrohstoffstelle, Betriebsstoffabteilung, Feldkasse], BArch PH 30 II/19, Bl. 5.

⁹³ Beseler an seine Frau am 15. April 1917, BArch N 30/55, Bl. 51 f.

⁹⁴ Dazu lieferte Verwaltungschef Kries hilfreiche Informationen: Vorbedingungen für eine Fortführung der Politik des 5. November 1916 [mit dem Vermerk: „Im allgemeinen einverstanden v.B.“], 8. Juni 1917, BArch N 30/23, Bl. 90; Bericht des Verwaltungschefs v. Kries über die politische Lage vom 8. Juni 1917, ebenda, Bl. 91-107.

⁹⁵ [Notizen Beselers] Für die Besprechung mit dem Herrn Reichskanzler in Kreuznach am 13. Juni 1917, 8. Juni 1917, BArch N 30/14, Bl. 175 f.; Richtlinien für die in Polen zu befolgende Politik, festgestellt in einer Besprechung des Generalgouverneurs von Beseler mit dem Reichskanzler in Kreuznach, 13. Juni 1917, BArch N 30/14, Bl. 186.

⁹⁶ Beseler unterrichtete den Reichskanzler über seinen Vortrag beim Kaiser: Beseler an Bethmann Hollweg am 23. Juni 1917, ebenda, Bl. 191-193.

⁹⁷ Tagebucheinträge am 13. und 14. Juni 1917, BArch N 30/2, Bl. 17.

⁹⁸ Aufruf an das polnische Heer, 21. Mai 1917, abgedruckt in: Schulthess' Europäischer Geschichtskalender, N.F. 33 (1917), Bd. 2, hrsg. von WILHELM STAHL, München 1920, S. 796 f.

nieder. Piłsudski attackierte die Besatzungsmächte heftig und ließ keinen Zweifel daran, dass mit seiner Zusammenarbeit nicht mehr zu rechnen sei.⁹⁹ Die Vereidigung geriet aus deutscher Sicht schließlich zu einem Fiasko, als ein Großteil der polnischen Rekruten den Eid verweigerte und es zu Demonstrationen gegen die deutschen Besatzer kam.¹⁰⁰

Daraufhin löste Beseler das polnische Heer auf, ließ die Eidesverweigerer verhaften und Piłsudski internieren.¹⁰¹ Mit diesem Vorgehen wollte er seine Macht gegenüber der polnischen Bevölkerung demonstrieren. Deren Bewunderung für Piłsudski schätzte er allerdings völlig falsch ein: Man habe „diesen Glücksritter und Verschwörer, der der Heros der Polen war, doch auch bei diesen vielfach durchschaut“¹⁰², schrieb er seiner Frau, deshalb habe die Verhaftung „merkwürdig wenig Aufsehen gemacht“¹⁰³. Beseler verkannte jedoch, dass Piłsudskis Ansehen dadurch noch gesteigert, er gar zum „Märtyrer für die nationale Sache“¹⁰⁴ erhoben und zugleich die deutsche Politik in Polen stark belastet wurde. Die gescheiterte Heeresbildung erwähnte er nur beiläufig, obwohl er sich über Monate hinweg für die Aufstellung des polnischen Heeres eingesetzt hatte. Indem er mit der Verhaftung Piłsudskis und der Eidesverweigerer die aus seiner Sicht notwendigen Konsequenzen zog, schien die Sache für ihn erledigt. Als zudem der Provisorische Staatsrat Ende August 1917 wegen der Überstellung der Legionen nach Österreich-Ungarn zurücktrat, fand Beseler dies „nicht allzu tragisch“, da sich dieser „doch mehr und mehr als geschäftsunfähig“¹⁰⁵ erwiesen habe.

Fortschritte und Rückschläge: Der Regentschaftsrat und der Frieden von Brest-Litowsk

War auch mit der gescheiterten Heeresbildung und dem Rücktritt des Staatsrats das politische Leben in Polen zum Stillstand gekommen, konnten doch wenigstens im Bereich der Verwaltung Fortschritte erzielt werden. Bereits im Frühjahr 1917 hatte Beseler den Wunsch der Polen nach der Übernahme von Verwaltungsaufgaben aufgegriffen und gegenüber der deutschen Reichsleitung befürwortet.¹⁰⁶ Er wies darauf hin, dass die politischen

⁹⁹ HOLZER/MOLENDA (wie Anm. 14), S. 303 f.

¹⁰⁰ CONZE (wie Anm. 32), S. 295 f.

¹⁰¹ HOLZER/MOLENDA (wie Anm. 14), S. 309-311. Nachdem Beseler die Verhaftung beschlossen hatte, reiste er zu seiner Frau nach Oberhof. Tagebucheinträge vom 20. und 21. Juli 1917, BArch N 30/2, Bl. 18.

¹⁰² Beseler an seine Frau am 27. Juli 1917, BArch N 30/55, Bl. 79, Unterstreichung im Original.

¹⁰³ Beseler an seine Frau am 29. Juli 1917, ebenda, Bl. 80.

¹⁰⁴ CONZE (wie Anm. 32), S. 298. Siehe auch HEIDI HEIN: Der Piłsudski-Kult und seine Bedeutung für den polnischen Staat 1926-1939, Marburg 2002 (Materialien und Studien zur Ostmitteleuropa-Forschung, 9), S. 34-44.

¹⁰⁵ Beseler an seine Frau am 9. September 1917, BArch N 30/55, Bl. 94.

¹⁰⁶ Beseler an Bethmann-Hollweg am 12. April 1917, BArch N 30/14, Bl. 113.

Fortschritte in Polen auch sichtbare Ergebnisse mit sich bringen müssten und die polnische Beteiligung an Regierung und Verwaltung weiter auszubauen sei, gleichwohl er eine zu große Verantwortlichkeit der Polen als gefährlich ansah. Schließlich wurden die Verwaltungsbereiche Justiz und Bildung am 1. September bzw. 1. Oktober 1917 an neu eingerichtete polnische Behörden übergeben.¹⁰⁷

Mit dem „Patent betreffend die Staatsgewalt“¹⁰⁸ vom 12. September 1917 kündigten Beseler und der Generalgouverneur in Lublin, Stanisław Szeptycki, die Einsetzung eines Regentschaftsrats an, der mit gesetzgeberischer und ausführender Gewalt ausgestattet wurde und in begrenztem Umfang selbständig handeln durfte. Allerdings beanspruchten die Besatzungsmächte ein Vetorecht, in kriegswichtigen Bereichen sogar die alleinige Verfügungsgewalt.¹⁰⁹ An den vorhergegangenen Besprechungen über den Ausbau des polnischen Staatswesens war Beseler nicht unmittelbar beteiligt gewesen, vielmehr ließ er Zivilverwaltungschef Kries die Verhandlungen mit den Vertretern des Reichsamts des Innern und des österreichisch-ungarischen Außenministeriums führen.¹¹⁰

Die Einsetzung des Regentschaftsrats, bestehend aus Erzbischof Aleksander von Kakowski, Fürst Zdzisław Lubomirski und Graf Józef Ostrowski, am 27. Oktober 1917 war Beseler zufolge „in ihrem feierlichen Pomp noch viel eindrucksvoller als die Proklamation vom 5. November“¹¹¹. Am 26. November wurde Jan Kucharzewski als Ministerpräsident eingesetzt, der ein aktivistisches Kabinett berief.¹¹² Der Generalgouverneur zeigte sich von der neuen politischen Führung der Polen zunächst positiv überrascht. Über einen Empfang zu Ehren des Regentschaftsrats berichtete er: „Der Erzbischof und Lubomirski waren zum ersten Male meine Gäste. Ersterer wie umgewandelt,

¹⁰⁷ Vorläufige Vorschriften über die Gerichtsverfassung im Königreich Polen; Übergabe der Leitung der Rechtspflege an die Justizabteilung bei dem Prov. Staatsrat, in: Verordnungsblatt für das General-Gouvernement Warschau Nr. 84, 19. August 1917, BArch PHD 23/17, S. 277-322; Übergabe des Unterrichtswesens an die Übergangskommission bei dem Prov. Staatsrat, in: Verordnungsblatt für das General-Gouvernement Warschau Nr. 87, 20. September 1917, ebenda, S. 353-384.

¹⁰⁸ Patent vom 12. September 1917, in: Verordnungsblatt für das General-Gouvernement Warschau Nr. 93, 27. Oktober 1917, ebenda, S. 399 f.

¹⁰⁹ Bericht über die politische Lage in Polen, 13. Oktober 1917, BArch N 30/9, S. 6 f.

¹¹⁰ [Protokoll der Verhandlungen] Über den weiteren Ausbau des Polnischen Staatswesens, 28.-30.7.1917, Abschrift, BArch N 30/23, Bl. 154-163. Noch am 9. September hatte Beseler die Einsetzung eines Regentschaftsrats als „sehr zweifelhaft“ bezeichnet. Beseler an seine Frau am 9. September 1917, BArch N 30/55, Bl. 94.

¹¹¹ HUTTEN-CZAPSKI (wie Anm. 16), S. 423.

¹¹² CONZE (wie Anm. 32), S. 315-318.

gesprächig und liebsam; preußische Polen sagen, er sei jetzt der ärgste Activist. Das Hoch auf die beiden Kaiser brachte er aus!“¹¹³

Während in Polen der Regentschaftsrat und die Regierung gebildet wurden, berieten Reichsleitung und Oberste Heeresleitung über eine Abtretung Polens an Österreich-Ungarn. Der neue Reichskanzler Georg Michaelis hoffte, mit einem solchen Schritt den Bündnispartner zum Durchhalten im Krieg zu bewegen und den Zweibund zu festigen. Im Gegenzug sollte eine Wirtschafts- und Zollunion unter deutscher Führung den politischen Einfluss und die wirtschaftliche Vorrangstellung des Deutschen Reiches in Ostmitteleuropa sichern. Anfang Oktober 1917 stimmte Wilhelm II. diesem Kurswechsel zu.¹¹⁴ Beseler wurde darüber nicht informiert, wie anhand eines Briefes an seine Frau vom 12. Oktober deutlich wird:

„Ein Gerücht ist zu mir gedrungen, daß ein vollständiger Umschwung in unserer Politik nicht unwahrscheinlich sei! Plötzlich soll der Wind ganz für ein vollständiges Aufgeben unserer Interessen hier und Überlassung der ganzen Geschichte an die Österreicher sein, und dafür sollen wir – in Rumänien entschädigt werden. Der Kaiser soll dies ausgeheckt haben und Feuer und Flamme dafür sein. Ich kann es nicht glauben, denn es wäre eine absolute politische Niederlage Deutschlands und ein in seinen Konsequenzen unheilvoller Schritt [...]“.¹¹⁵

In seinem Bericht über die politische Lage¹¹⁶ riet Beseler, wie er seiner Frau mitteilte, „mit allen Mitteln der Logik und der politischen Überlegung zum Festhalten an der jetzigen Politik“, erwartete jedoch die „größten Torheiten“, da die maßgebenden Entscheidungsträger „alle derartig unklar und ungeduldig“¹¹⁷ seien. In Besprechungen mit der Reichsleitung und der Obersten Heeresleitung in Berlin am 3. November 1917 erhob er ernsthafte Bedenken gegen die Preisgabe Polens, das nur in Anlehnung an das Deutsche Reich einen ausreichenden militärischen Schutz gegen Russland biete. Dagegen sprach sich die Oberste Heeresleitung für die „austro-polnische Lösung“ aus und forderte die Annexion großer polnischer Gebiete zum Schutz der deutschen Ostgrenze. Beseler strebte zwar die Schaffung eines polnischen Grenzstreifens an, lehnte aber die Forderungen der Obersten Heeresleitung,

¹¹³ Beseler an seine Frau am 28. Oktober 1917, BArch N 30/55, Bl. 136, Unterstreichung im Original. Siehe auch den Tagebucheintrag vom 27. Oktober 1917, BArch N 30/2, Bl. 22.

¹¹⁴ GERHARD RITTER: Staatskunst und Kriegshandwerk, Bd. 4. Die Herrschaft des deutschen Militarismus und die Katastrophe von 1918, München postum 1968, S. 188-193; CONZE (wie Anm. 32), S. 319-323.

¹¹⁵ Beseler an seine Frau am 12. Oktober 1917, BArch N 30/55, Bl. 123 f., Unterstreichung im Original.

¹¹⁶ Bericht über die politische Lage in Polen, 13. Oktober 1917, BArch N 30/9.

¹¹⁷ Beseler an seine Frau am 12. Oktober 1917, BArch N 30/55, Bl. 124.

die einer „vierten Teilung“ Polens gleichkämen, kategorisch ab.¹¹⁸ Seiner Frau gegenüber äußerte er die Sorge, dass „die Ludendorff'sche Grenz- und Militärpolitik [...] für unser Verhältnis zu Polen verhängnisvoll“ sei, da sie seine Politik einer Anlehnung Polens an das Deutsche Reich hintertreibe.¹¹⁹ Auf der Sitzung des Kronrats am 5. November 1917 entschied Wilhelm II. endgültig zugunsten der Überlassung Polens an Österreich-Ungarn.¹²⁰ Für Beseler war dies ein „leider sehr schmerzhaftes Ergebnis“; resigniert notierte er in seinem Tagebuch: „Damit ist meine mehr als zweijährige Arbeit umsonst! [...] Ich bin geradezu unglücklich über diesen Verlauf und sehe die allerbedenklichsten Folgen für Deutschland!“¹²¹ Entgegen der kaiserlichen Entscheidung hielt er jedoch daran fest, die polnische Bevölkerung für seinen politischen Kurs gewinnen zu wollen: „Es gibt nur einen Weg, Österreich das Wasser abzugraben, das ist eine weitherzige Ausgestaltung des neuen Königreichs und seine geistige Durchdringung, nicht aber eine mechanische Einschnürung der Polen durch Deutschland.“¹²² Doch mit dieser Ansicht war der Generalgouverneur im Herbst 1917 in der deutschen Politik isoliert.

Der Waffenstillstand zwischen Russland und den Mittelmächten im Dezember 1917 und die Friedensverhandlungen in Brest-Litowsk verstärkten das polnische Misstrauen gegen die Besatzungsmächte. In Polen wurde es als Demütigung empfunden, dass bei den Verhandlungen über die territoriale Neugliederung der besetzten russischen Gebiete keine polnische Delegation hinzugezogen wurde.¹²³ Dieser Eindruck verstärkte sich noch durch die Anerkennung der Ukraine als Verhandlungspartner und den Abschluss des „Brotfriedens“ am 9. Februar 1918. Gegen die Zusage von Getreidelieferungen überließen die Mittelmächte der Ukraine das sogenannte Cholmer Land und weitere Gebiete am Bug, die von den Polen als „urpolnisch“ und unveräußerlicher Teil des bereits proklamierten Königreichs angesehen wurden. Die Bekanntmachung des Friedensvertrags rief gewalttätige Demonstrationen in beiden Generalgouvernements hervor. In Warschau brach ein Generalstreik aus und es kam zu Zusammenstößen zwischen Demonstranten und der deut-

¹¹⁸ [Protokoll der] Sitzung im Auswärtigen Amt, Berlin, 3. November 1917, BArch N 30/15, Bl. 36.

¹¹⁹ Beseler an seine Frau am 25. November 1917, BArch N 30/55, Bl. 146 f.

¹²⁰ Kronrat im Schloß Bellevue, 5. November 1917 [Aufzeichnung Beselers vom 13. November 1917], BArch N 30/24, Bl. 87-89.

¹²¹ Tagebucheintrag vom 5. November 1917, BArch N 30/2, Bl. 22.

¹²² Beseler an seine Frau am 25. November 1917, BArch N 30/55, Bl. 146 f., Unterstreichung im Original.

¹²³ Schreiben des Staatssekretärs des Innern (i.V. gez. Lewald) an den Staatssekretär des Auswärtigen Amtes [Richard v. Kühlmann], Abschrift an v. Beseler, 17. Dezember 1917, BArch N 30/24, Bl. 122 f. Siehe auch: HOLZER/MOLENDA (wie Anm. 14), S. 343-345; CONZE (wie Anm. 32), S. 338 f.

schen Polizei; in Lublin wurden Bilder der Kaiser der Mittelmächte öffentlich verbrannt.¹²⁴

Die polnische Regierung legte ihr Amt nieder, auch der Regentschaftsrat erwog seinen Rücktritt, sah jedoch davon ab. Stattdessen veröffentlichte er am 14. Februar 1918 einen Aufruf an die Bevölkerung, in dem er den Friedensvertrag als Verletzung des Selbstbestimmungsrechts der Völker, als Teilung Polens und Akt der Gewalt anprangerte. Die Handlungen der Mittelmächte zum Aufbau des polnischen Staates seien damit hinfällig geworden, weshalb er das Recht zur Ausübung der Staatsgewalt künftig ausschließlich aus dem Willen der Nation ableiten werde.¹²⁵ Der Aufruf war nach Beselers Ansicht „sehr übertrieben u. recht deplaciert“¹²⁶; da er zudem „uncensiert“ erschienen war, brachte er sein Missfallen in einem „sehr scharfen Brief“ an den Regentschaftsrat zum Ausdruck.¹²⁷ Den „unterirdischen Hetzereien“ in Warschau begegnete der Generalgouverneur mit einer Strafe in Höhe von 250 000 Reichsmark, um keine Zweifel an seiner Machtstellung aufkommen zu lassen.¹²⁸

Beseler schilderte seiner Frau die Folgen des Friedensvertrags: Aufgrund der Grenzziehung im Osten und der zu erwartenden deutschen Annexionen im Norden und Westen „stehen die Polen vor einer vierten Teilung und sind einfach außer sich“, möglicherweise erlebe man „einen völligen Zusammenbruch des ganzen Neuaufbaus“. Die „politische Depression“ in der polnischen Bevölkerung schrieb er nicht nur dem Verlust des Cholmer Landes zu, sondern auch dem „Zusammenbruch der großpolnischen – übrigens phantastischen und ganz unerfüllbaren – Hoffnungen“. Allerdings gewann auch er dem Friedensvertrag durchaus etwas Gutes ab, da dieser den Polen gezeigt habe, dass ihre „Utopien und Phantasien“ nicht als Grundlage einer realistischen Politik dienen könnten, sondern sie sich „auf ihr eigentliches Polenland beschränken müssen, das immer noch groß genug für einen anständigen Staat ist“¹²⁹. Vermehrt finden sich in Beselers Korrespondenz nun harsche Äußerungen: So betitelte er die Polen als „Phantasten“ und „politische Kinder“, die „zu dumm“ seien, ein anderes Mal bezeichnete er sie als „dieses Pack hier“¹³⁰. Dieser Stimmungswandel entsprang wohl seiner Verärgerung über die Reaktionen der Polen auf den Friedensvertrag, spiegelt aber auch die Verstimmlung über das Scheitern seines politischen Kurses wider.

¹²⁴ HUTTEN-CZAPSKI (wie Anm. 16), S. 455-459. Für das Militärgeneralgouvernement Lublin: HAUSNER (wie Anm. 90), S. 329-334.

¹²⁵ HOLZER/MOLENDA (wie Anm. 14), S. 369 f.; PAJEWSKI (wie Anm. 14), S. 208 f.

¹²⁶ Tagebucheintrag vom 14. Februar 1918, BArch N 30/49, Bl. 28.

¹²⁷ Beseler an seine Frau am 14. Februar 1918, BArch N 30/56, Bl. 23.

¹²⁸ Beseler an seine Frau am 23. Februar 1918, ebenda, Bl. 34; PAJEWSKI (wie Anm. 14), S. 210.

¹²⁹ Beseler an seine Frau am 18. Februar 1918, ebenda, Bl. 28 f.

¹³⁰ Beseler an seine Frau am 18., 23. und 26. Februar 1918, ebenda, Bl. 28, 35 und 38, Unterstreichung im Original.

Daneben begrüßte er den Umstand, dass der Friedensvertrag vornehmlich auf Betreiben Österreich-Ungarns zustande gekommen war und die „austro-polnische Lösung“ daher stark diskreditiert sei. Doch an einen Erfolg seines politischen Kurses wollte Beseler auch nicht mehr glauben; er gestand seiner Frau, dass er „allmählich Lust und Geschmack an der Sache“¹³¹ verliere. Seine Korrespondenz lässt nun eine wachsende Ratlosigkeit über die Zukunft Polens erkennen:

„Ich fürchte, man mag hier schließlich zu einem Ende kommen wie man wolle, daß nichts Vernünftiges dabei herauskommen wird, aber man kann diese unseligen 20 Millionen Polen, die Europa beherbergt, nun doch einmal nicht umbringen oder hinauswerfen, und muß doch schließlich einen Ausweg finden, der wenigstens erträglich ist und die Wunde nicht ewig offen läßt!“¹³²

Beselers erlahmendes Interesse an Polen: Kriegswende und Abzug

Nachdem sich mit dem Frieden von Brest-Litowsk anstelle eines starken polnischen Staates an der Seite der Mittelmächte nun die Herabsetzung Polens zu einem bedeutungslosen Randstaat abzeichnete, wendeten sich die polnischen Parteien und Gruppen aller politischen Richtungen von den Besatzungsmächten ab.¹³³ Die Situation stellte sich jedoch zwiespältig dar, denn nach dem militärischen Zusammenbruch Russlands schien das Deutsche Reich in Zukunft eine beherrschende Stellung in Osteuropa einzunehmen. Eine völlige Aufgabe der polnischen aktivistischen Politik – worüber nach dem Verlust des Cholmer Landes zunächst Einigkeit bestand – hätte daher nur ins politische Abseits geführt und eine weitere territoriale Einschnürung Polens zugunsten anderer Staaten zur Folge gehabt.¹³⁴

Die Weiterführung der Geschäfte durch den Regentschaftsrat deutete Beseler als gutes Zeichen: „[...] die vom Cholmer Land aufgepeitschten Wogen fangen wieder an, sich zu glätten; die Herren Polen haben Katzenjammer und sehen, daß sie wieder einmal recht unüberlegt gehandelt haben [...]“¹³⁵. Dabei übersah er allerdings, dass die Beruhigung des Generalgouvernements vor allem auf den Druck der deutschen Besatzungsmacht zurückzuführen war. Von Vertrauen in die deutsche Politik konnte kaum mehr die Rede sein. Vielmehr ging der Regentschaftsrat die innere Ausgestaltung des Staates nun sehr pragmatisch an und formulierte im März 1918 ein politisches Programm, wie Beseler seiner Frau mitteilte: „Monarchie unter einem deutschen Prinzen, Bündnis mit den Centralmächten, Militärconvention mit Deutschland und en-

¹³¹ Beseler an seine Frau am 23. Februar 1918, ebenda, Bl. 35.

¹³² Beseler an seine Frau am 26. Februar 1918, ebenda, Bl. 38 f.

¹³³ CONZE (wie Anm. 32), S. 342. Siehe dazu WILHELM FELDMAN: Vor der neuen Teilung Polens. Offenes Schreiben an Herrn Friedrich Naumann, Berlin-Charlottenburg 1918.

¹³⁴ PAJEWSKI (wie Anm. 14), S. 232 f.; CONZE (wie Anm. 32), S. 346 f.

¹³⁵ Beseler an seine Frau am 26. Februar 1918, BArch N 30/56, Bl. 37.

ger wirtschaftlicher Anschluß an uns unter Berücksichtigung der österreichischen Interessen“¹³⁶. Auch Beseler modifizierte seine Ziele: Einer Notiz vom 4. März 1918 zufolge sah er die Kernpunkte seiner Politik, neben dem politischen, wirtschaftlichen und militärischen Anschluss Polens an das Deutsche Reich, nun in der „friedliche[n] Durchdringung“ und der „innere[n] Entwicklung“ des Staates.¹³⁷ Diese Perspektive biete einen wirksameren Schutz vor Russland als die von der Obersten Heeresleitung forcierten Annexionen, wemgleich Beseler auch weiterhin einen moderaten Grenzstreifen mit territorialer Entschädigung Polens im Osten befürwortete.¹³⁸

Anfang April 1918 wurde eine neue polnische Regierung unter dem Ministerpräsidenten Jan Steczkowski gebildet. Zudem fanden Wahlen zum Staatsrat statt, der sich am 23. Juni 1918 konstituierte. Der Staatsrat erließ ein Regierungsprogramm und ging Beseler zufolge mit „großem Eifer“¹³⁹ ans Werk, war jedoch in seiner politischen und administrativen Arbeit von der Zustimmung der Besatzungsbehörden abhängig. Beseler kommentierte diesen Zustand recht mitleidlos: „Wir lassen sie in ihrem Fett schmoren, da sie ohne unsere Erlaubnis ja doch nichts machen dürfen.“¹⁴⁰ Der Generalgouverneur offenbarte hier eine Geisteshaltung, die er seit dem Beginn seiner Amtszeit wiederholt übergeordneten Stellen vorgeworfen hatte, nämlich zögernd und hinhaltend auf die politischen Bemühungen der Polen zu reagieren und dadurch jeden Fortschritt zu erschweren. Diese Einstellung stand in starkem Widerspruch zu seinen Zielen der friedlichen Durchdringung und inneren Entwicklung Polens. Zwar entsprach es Beselers Haltung, sich seiner Frau gegenüber als starker „Landesvater“ in seinem „Königreich“¹⁴¹ darzustellen, der das Land nach seinem Willen regiere. Womöglich hatte er sich aber auch damit abgefunden, dass eine Lösung der „polnischen Frage“ in seinem Sinne nicht mehr zu erreichen war, weshalb er die Versuche zur Durchsetzung seiner Politik aufgab und nur noch das Erreichte verwaltete. Entsprechend finden sich in Beselers Briefen und Tagebuchaufzeichnungen kaum noch Ausführungen zu Polen, stattdessen klingt die Hoffnung nach baldiger Ablösung und Heimkehr an: „Es ist sehr interessant, einmal so tief in das Volksleben hineinzublicken, und ich bin doch sehr dankbar dafür, daß ich auch einmal die doch im Grunde sehr schöne Tätigkeit eines Regenten und Landesvaters kennengelernt habe!“¹⁴²

¹³⁶ Beseler an seine Frau am 22. März 1918, ebenda, Bl. 54, Unterstreichung im Original.

¹³⁷ Aufzeichnung [Beselers] vom 4. März 1918, BArch N 30/25, Bl. 50-52. Ähnlich äußerte sich Beseler gegenüber Beamten der Zivilverwaltung: Politische Besprechung, Warschau, 18. März 1918, BArch N 30/25, Bl. 60-77.

¹³⁸ GEISS (wie Anm. 40), S. 136-137; CONZE (wie Anm. 32), S. 351.

¹³⁹ Beseler an seine Frau am 20. Juli 1918, BArch N 30/56, Bl. 70.

¹⁴⁰ Beseler an seine Frau am 16. Juli 1918, ebenda, Bl. 68.

¹⁴¹ Beseler an seine Frau am 6. und 31. August 1918, ebenda, Bl. 75 und 87.

¹⁴² Beseler an seine Frau am 31. August 1918, ebenda, Bl. 87, Unterstreichung im Original.

Ende August 1918 wurde ein geheimes Bündnisangebot des Regenschaftsrats an das Deutsche Reich vom 29. April öffentlich, worin dieser die Anlehnung Polens an den westlichen Nachbarn sowie seine politische, wirtschaftliche und militärische Unterordnung weitgehend akzeptiert hatte.¹⁴³ Es sorgte für große Empörung in Polen, dass das Deutsche Reich – im Frühjahr noch auf dem Höhepunkt seiner Macht – das Einlenken des Regenschaftsrats unbeantwortet gelassen hatte.¹⁴⁴ Ministerpräsident Steczkowski trat – offiziell wegen schwerer Krankheit – zurück und sein Kabinett demissionierte, die polnischen Parteien protestierten.¹⁴⁵ Es half auch wenig, dass Ludendorff im September 1918 seine Annexionspolitik aufgab und Beselers Konzeption einer Anlehnung Polens an das Deutsche Reich billigte. Diese Lösung war nun nicht mehr erstrebenswert für die Polen.¹⁴⁶

Als die Oberste Heeresleitung am 29. September 1918 den Kaiser und die Reichsleitung über die prekäre Kriegslage unterrichtete und die Aufnahme von Waffenstillstandsverhandlungen verlangte, kam das Eingeständnis der drohenden Niederlage auch für Beseler überraschend. Die folgenden Wochen waren gekennzeichnet von der stetig wachsenden Eigenständigkeit des Regenschaftsrats: Am 7. Oktober 1918 veröffentlichte er einen Aufruf an das polnische Volk für ein unabhängiges, freies und demokratisches Polen, ohne Beseler vorab zu informieren; am 12. Oktober übernahm er den Oberbefehl über das polnische Heer und erließ ein Gesetz zur allgemeinen Wehrpflicht. Der bisherige Oberbefehlshaber Beseler wurde dabei einfach übergangen. Mit seinem eigenmächtigen Vorgehen setzte sich der Regenschaftsrat über die deutsche Souveränität hinweg und beanspruchte diese für sich selbst; dem Generalgouverneur wurde keine Verfügungsgewalt mehr über Polen zugebilligt.¹⁴⁷ Da die deutsche Reichsleitung die Waffenstillstandsbedingungen Woodrow Wilsons bereits angenommen hatte, so der Regenschaftsrat, liege die zukünftige Gestaltung Polens nicht mehr bei den Mittelmächten, sondern sei Aufgabe einer internationalen Friedenskonferenz.¹⁴⁸

Da er die Besatzungsgewalt nur noch notdürftig behaupten konnte, forderte Beseler Ende Oktober 1918 von der Reichsleitung entweder eine Verstärkung der Truppen zur Aufrechterhaltung der Ordnung oder den Abzug. Da er keine Weisungen erhielt, reiste er am 4. November nach Berlin, wo er in einer Un-

¹⁴³ Abdruck der Note in: Schulthess' Europäischer Geschichtskalender, N.F. 34 (1918), Bd. 1, hrsg. von WILHELM STAHL, München 1922, S. 503 f.

¹⁴⁴ PAJEWSKI (wie Anm. 14), S. 235 f.; HOLZER/MOLENDA (wie Anm. 14), S. 376 f.

¹⁴⁵ CONZE (wie Anm. 32), S. 374-375; HAUSNER (wie Anm. 90), S. 276-280.

¹⁴⁶ RITTER, Staatskunst und Kriegshandwerk, Bd. 4 (wie Anm. 114), S. 299 f.; FRITZ FISCHER: Griff nach der Weltmacht. Die Kriegszielpolitik des kaiserlichen Deutschland 1914/18, 3. Aufl., Düsseldorf 1964, S. 712.

¹⁴⁷ PAJEWSKI (wie Anm. 14), S. 241 f.

¹⁴⁸ PRZEMYSŁAW HAUSER: Niemcy wobec sprawy polskiej. Październik 1918 – czerwiec 1919 [Deutschland und die polnische Frage, Oktober 1918 – Juni 1919], Poznań 1984, S. 16-19.

terredung mit dem Reichskanzler die Abwicklung des Generalgouvernements erwirkte.¹⁴⁹ Bei seiner Rückkehr nach Warschau am 8. November war ein geordneter Abzug allerdings nicht mehr möglich, da die deutschen Besatzungstruppen sich auflösten und Soldatenräte bildeten, um die Rückkehr nach Deutschland zu organisieren. Die polnische Bevölkerung übernahm Zivilverwaltungsstellen, Versorgungs- und Munitionsdepots; in Warschau fanden Straßenkämpfe statt.¹⁵⁰ Als Beseler am 9. November von der Abdankung des Kaisers erfuhr, leitete er die Auflösung des Generalgouvernements in die Wege und unterstellte die verbliebenen Truppen formal dem Oberbefehlshaber Ost. Angesichts Pilsudskis Eintreffen in Warschau am 10. November und dessen Anerkennung als Führer der polnischen Unabhängigkeitsbewegung ahnte Beseler, dass dieser „wahrscheinlich zur Diktatur übergehen“¹⁵¹ werde. Am 12. November 1918 verließ er schließlich ohne großes Aufsehen Warschau und reiste nach Berlin.¹⁵²

Nach Kriegsende kam es zu heftigen Angriffen in der deutschen Presse gegen Beselers Politik im besetzten Polen. Vor allem rechtsstehende Kreise kritisierten seine „Flucht aus Warschau“ als Fahnenflucht. Daraufhin beantragte Beseler eine kriegsgerichtliche Untersuchung gegen sich selbst, in welcher er freigesprochen und vollständig rehabilitiert wurde. Die letzten Jahre seines Lebens verbrachte er zurückgezogen und starb nach schwerer Krankheit am 20. Dezember 1921 in Neu-Babelsberg bei Potsdam.¹⁵³

Schlussbemerkungen

Beseler befand sich als Generalgouverneur in einer Position, in der er Einfluss auf die politische Entwicklung in Polen und die Entscheidungen über die Zukunft des Landes nehmen konnte. Seiner Ansicht nach verfolgte er dabei einen Mittelweg zwischen den polnischen Wünschen nach staatlicher Unabhängigkeit und dem deutschen Sicherheitsbedürfnis gegenüber Russland, wobei er Letzterem stets den Vorrang einräumte. Seine Politik zielte insofern auf eine gemeinsame deutsch-polnische Zukunft, als er die politische und militärische Anlehnung Polens an Deutschland bei gleichzeitiger kultureller und wirtschaftlicher Durchdringung des Landes anstrebte. Unter „Anlehnung“ verstand er allerdings die Kontrolle des polnischen Staates durch das Deutsche Reich in außenpolitischen, militärischen und großteils auch wirtschaftlichen Angelegenheiten. Dem entsprach das Rollenverständnis Beselers als „Landesvater“, der über „politische Kinder“ gebiete. Trotz der

¹⁴⁹ Tagebucheintrag vom 4. November 1918, BArch N 30/49, Bl. 100 f.

¹⁵⁰ CONZE (wie Anm. 32), S. 397-400.

¹⁵¹ Tagebucheintrag vom 10. und 11. November 1918, BArch N 30/49, Bl. 103. Der Eintrag umfasst beide Tage.

¹⁵² Tagebucheinträge vom 12. bis 14. November 1918, ebenda, Bl. 105-109.

¹⁵³ Siehe die Presseveröffentlichungen und Zeitungsartikel in: Aus dem Leben und vom Tode des GenObersten Hans v. Beseler, 1918-1921, BArch N 30/70.

Schaffung polnischer politischer Institutionen und der Übergabe von Verwaltungsaufgaben an polnische Beamte war er bestrebt, möglichst umfangreiche Machtbefugnisse in der Hand zu behalten. Dies gab einen Vorgesmack auf die zukünftigen Beziehungen beider Staaten, wonach sich die staatliche Entwicklung Polens unter deutscher Anleitung zu vollziehen gehabt hätte. Allerdings entging Beseler, dass seine paternalistische Herrschaftsweise von der polnischen Bevölkerung zunehmend als einseitig und negativ wahrgenommen wurde.

Die Bildung des polnischen Heeres war eine der wichtigsten Aufgaben für den Generalgouverneur. Als energischer Befürworter der Heerespläne bewirkte Beseler, dass diese mit der staatlichen Zukunft Polens verknüpft wurden. Er war von der Reichsleitung und der Obersten Heeresleitung als Sachverständiger für Polen anerkannt, lieferte Bewertungen der politischen Situation und konnte seine Vorstellungen in großem Maße in die Diskussionen über die Heeresbildung einbringen. Da sein Rat zunächst befolgt wurde, kam ihm ein bedeutender Teil der Verantwortung für das Vorgehen der Mittelmächte in Polen zu, allerdings fielen auch die Misserfolge auf seine Person zurück. Infolgedessen verloren die maßgebenden politischen Stellen im Deutschen Reich das Vertrauen in das Urteil des Generalgouverneurs und die Entscheidungen über die Zukunft Polens wurden zunehmend ohne seine Mitwirkung getroffen. Über einschneidende Veränderungen, wie die Festlegung auf die „austro-polnische Lösung“ im Herbst 1917 oder den Friedensvertrag mit der Ukraine, wurde er nicht mehr unterrichtet oder um seine Einschätzung gebeten. Beseler nahm nunmehr die Rolle eines bloßen Verwalters des Generalgouvernements ein, der lediglich für die Aufrechterhaltung der Ordnung zu sorgen hatte. Der Machtübernahme des Regentschaftsrats im Oktober 1918 musste er schließlich ohnmächtig zusehen. Seine Rolle innerhalb der deutschen Politik im besetzten Polen war somit durch einen seit Sommer 1917 schrumpfenden Handlungsspielraum geprägt, auch wenn er in den Briefen an seine Frau immerfort den Anschein zu erwecken suchte, dass es nur dank seiner Anstrengungen weiter vorwärts gehe.

Ein bedeutendes Merkmal der Person Beselers war es, dass er trotz fehlender Vollmachten nicht davor zurückschreckte, eigenmächtig Entschlüsse zu fassen und auszuführen. Er schätzte tatkräftiges und entschlossenes Handeln höher ein als das aus seiner Sicht beharrliche Zögern und Lavieren der deutschen Reichsleitung und Obersten Heeresleitung, worüber er sich in den Briefen an seine Frau wiederholt beklagte. Die Widerstände gegen seine Politik waren für Beseler der wesentliche Grund für die langsame politische Entwicklung in Polen, besonders die zahlreichen Einwände Österreich-Ungarns machten seiner Meinung nach die Anlehnung Polens an das Deutsche Reich illusorisch. Deshalb richtete er sein Bemühen darauf, bei übergeordneten Stellen auf die Ausschaltung des Bündnispartners aus der Politik in Polen hinzuwirken – allerdings erfolglos. Schließlich erlahmte sein Taten-

drang und wurde allmählich von Verbitterung über den politischen Stillstand und von Gleichgültigkeit über die Zukunft Polens abgelöst.¹⁵⁴

Stellt man die Politik Beselers als Generalgouverneur seinen öffentlichen Äußerungen sowie seiner dienstlichen und privaten Korrespondenz gegenüber, so fallen die Unterschiede in der Argumentationsweise gegenüber den verschiedenen Adressaten auf. Seine Politik im Generalgouvernement Warschau folgte der bereits 1915 aufgestellten Prämisse, Ruhe und Ordnung aufrechtzuerhalten und die Wirtschaftskraft des Landes zugunsten der deutschen Kriegswirtschaft zu nutzen. Mit der Proklamation vom 5. November 1916 war Beseler zunehmend darauf bedacht, auf ein freundschaftliches Verhältnis zwischen Polen und Deutschen hinzuwirken und die Heeresbildung sowie in Ansätzen die innere Gestaltung des polnischen Staates voranzutreiben, um diesen langfristig an das Deutsche Reich zu binden. In öffentlichen Reden und Ansprachen warb er dementsprechend für eine gemeinsame Zukunft beider Staaten, wobei er die deutsche Kontrolle über Polen zu verharmlosen oder als erzieherische Notwendigkeit darzustellen suchte. Um die polnischen Zuhörer für seine Politik zu gewinnen, betonte er die kulturellen Gemeinsamkeiten beider Länder und strich besonders den Nutzen für den polnischen Staat heraus. Dagegen musste Beseler seine politischen Ziele bei der deutschen Reichsleitung und der Obersten Heeresleitung hauptsächlich gegen die „austro-polnische Lösung“ und die aus seiner Sicht überzogenen Annexionsabsichten Ludendorffs verteidigen. Deshalb hob er gegenüber diesen Stellen stets die Vorteile für das Deutsche Reich hervor, die aus seiner Sicht in der Gewinnung eines Bündnispartners gegen Russland bestanden und mit der Ausweitung des Einflussgebiets nach Osten Formen einer indirekten imperialen Herrschaftsausübung annehmen sollten. In den privaten Briefen an seine Frau schließlich nahm Beseler die Rolle des Ehemannes ein, der – ebenso wie als Generalgouverneur den Polen gegenüber – äußerst patriarchalisch war, was seine Ausführungen sprachlich und thematisch beeinflusste. Allerdings legte er in diesen Briefen seine persönliche Einschätzung der politischen Situation in Polen dar und erläuterte die Gründe für sein Handeln, die sich von seinen dienstlichen Äußerungen in mancher Hinsicht unterschieden oder diese ergänzten. Die harschen Äußerungen über die Polen, aber auch über den Verbündeten Österreich-Ungarn oder die deutsche politische und militärische Führung, deuten auf eine Geringschätzung dieser Gruppen hin. Sie tauchen in Beselers privater Korrespondenz vermehrt dann auf, wenn diese Gruppen Beselers politischen Kurs durchkreuzten. Die Briefe an seine Frau dienten daher auch als eine Art Ventil, mittels dessen Beseler seiner Unzufriedenheit und Verbitterung über die seiner Ansicht nach fehlerhafte politische Entwicklung in Polen Luft machen konnte.

¹⁵⁴ Dem entspricht die Feststellung von Hutten-Czapski, dass die „Spannkraft“ Beselers im Laufe des Krieges nachgelassen habe, vgl. HUTTEN-CZAPSKI (wie Anm. 16), S. 349.

Ein Vergleich Beselers mit den anderen deutschen Besatzungschefs während des Krieges – die Generäle Colmar von der Goltz, Moritz von Bissing, Ludwig von Falkenhausen im Generalgouvernement Belgien sowie Erich Ludendorff und Max Hoffmann in „Ober-Ost“ – ist zwar aufgrund der unterschiedlichen Voraussetzungen der besetzten Gebiete problematisch, da mit Belgien ein souveräner Staat besetzt wurde, während die Gebiete im Osten staatsrechtlich zu Russland gehörten, im Falle Polens aber eine starke Nationalbewegung aufwies. Dennoch sollen an dieser Stelle in groben Zügen typische Merkmale der deutschen Besatzungsregimes skizziert werden.

Die Besatzungschefs nahmen eine relativ unabhängige, formal nur dem Kaiser verantwortliche Stellung ein, so dass sie innerhalb eines vorgegebenen Rahmens frei agieren konnten. Dieser Rahmen war einerseits durch die wirtschaftliche Ausbeutung der besetzten Gebiete zugunsten der deutschen Kriegsführung bis hin zur Zwangsrekrutierung von Arbeitskräften¹⁵⁵, andererseits durch das Bestreben zur Sicherung des politischen, militärischen und wirtschaftlichen Einflusses des Deutschen Reiches für die Nachkriegszeit bestimmt. Allen Besatzungschefs waren – im Bewusstsein deutscher kultureller Überlegenheit – stark patriarchalisch geprägte Denkmuster und Handlungsweisen zu eigen.¹⁵⁶ In ihrer Amtsführung unterschieden sie sich allerdings voneinander: Die Bandbreite reichte von Desinteresse an dem besetzten Gebiet bei von der Goltz¹⁵⁷ über bereitwillige Umsetzung der Vorgaben der Obersten Heeresleitung bei von Falkenhausen und Hoffmann¹⁵⁸ bis hin zur gestaltenden Interpretation des Amtes, die sich in der Errichtung einer gegenüber Land und Bevölkerung rücksichtslosen Militärherrschaft durch Ludendorff in „Ober-Ost“ ebenso zeigte wie in der gemäßigten, zukunftsweisenden Variante bei Bissing und Beseler. Letztere suchten die Bevölkerung der besetzten Gebiete von ihren wohlmeinenden Absichten zu überzeugen, wobei Ansätze der in den Besatzungsgebieten Österreich-Ungarns verfolgten Politik

¹⁵⁵ JENS THIEL: „Menschenbassin Belgien“. Anwerbung, Deportation und Zwangsarbeit im Ersten Weltkrieg, Essen 2007 (Schriften der Bibliothek für Zeitgeschichte, N.F. 20); CHRISTIAN WESTERHOFF: Zwangsarbeit im Ersten Weltkrieg? Rekrutierung von Arbeitskräften aus Polen und dem Baltikum für die deutsche Kriegswirtschaft 1914-1918, in: Interesse und Konflikt. Zur politischen Ökonomie der deutsch-polnischen Beziehungen, 1900 bis 2007, hrsg. von DIETER BINGEN u.a., Wiesbaden 2008 (Veröffentlichungen des Deutschen Polen-Instituts Darmstadt, 25), S. 143-160.

¹⁵⁶ Dies zeigt sich beispielsweise in der Selbstcharakterisierung Bissings als Souverän über Belgien bzw. Ludendorffs als Herrscher im „Königreich in Litauen und Kurland“: FRANK WENDE: Die belgische Frage in der deutschen Politik des Ersten Weltkrieges, Hamburg 1969 (Schriftenreihe zur auswärtigen Politik, 7), S. 34; LIULEVICIUS (wie Anm. 12), S. 72.

¹⁵⁷ HANS W. GATZKE: Germany's Drive to the West. A Study of Germany's Western War Aims During the First World War, Baltimore 1950, S. 87.

¹⁵⁸ Für Falkenhausen: GATZKE (wie Anm. 157), S. 267; FISCHER (wie Anm. 146), S. 805-807; für Hoffmann: LIULEVICIUS (wie Anm. 12), S. 218.

des *winning hearts and minds*¹⁵⁹ erkennbar wurden. Dabei mussten sie sich jedoch gegen die Ansprüche Ludendorffs behaupten, der das in „Ober-Ost“ erprobte Besatzungsregime auf Polen und Belgien auszuweiten suchte, um weitere wirtschaftliche und menschliche Ressourcen für die Kriegsführung zu erlangen.¹⁶⁰ Die Vorstellungen der Besatzungschefs über die politische Gestaltung der besetzten Gebiete beeinflussten die Planungen der Reichsleitung¹⁶¹, besonders wenn sie mit den politischen Zielen der betroffenen Bevölkerung deckungsgleich und somit erfolgversprechend schienen, wie die Beispiele der „Flamenpolitik“ in Belgien und der Proklamation eines polnischen Staates zeigen.

Anhand von Beselers Tätigkeit in Warschau wird im Vergleich mit den anderen Besatzungschefs deutlich, dass er bis Mitte des Jahres 1917 seinen Handlungsspielraum als Generalgouverneur nutzen konnte, um seine Vorstellungen über die Zukunft Polens durchzusetzen und zugleich – zumindest in Ansätzen – auch der polnischen Bevölkerung gerecht zu werden. Allerdings wurde dies von den polnischen Parteien nicht in dem Maße anerkannt, wie er sich das wünschte, zumal er deren Neigung zur Zusammenarbeit mit dem Deutschen Reich überschätzte. Dem Versuch, mit der Heeresbildung die Basis einer deutsch-polnischen Politik zu schaffen, stand der Plan eines „polnischen Grenzstreifens“ entgegen, auf den Beseler aus strategischen Gründen nicht verzichten wollte. Bedenken, dass selbst geringfügige Annexionen mit der „freiwilligen“ Anlehnung Polens an Deutschland unvereinbar seien, ließ er nicht gelten. Seiner Ansicht nach würden die Polen allein schon aus Dankbarkeit für die Errichtung des polnischen Staates ein derartiges Arrangement akzeptieren. Insofern war die Unvereinbarkeit der politischen Vorstellungen Beselers mit den polnischen Auffassungen über die Gestaltung des Königreichs Polen ein bedeutender Grund dafür, dass Beselers Politik einer gemeinsamen deutsch-polnischen Zukunft, wie er sie verstand, schließlich scheiterte.

¹⁵⁹ TAMARA SCHEER: Zwischen Front und Heimat. Österreich-Ungarns Militärverwaltungen im Ersten Weltkrieg, Frankfurt a.M. u.a. 2009 (Neue Forschungen zur ostmittel- und südosteuropäischen Geschichte, 2), S. 90-97, Zitat S. 90. Siehe auch den Beitrag von Tamara Scheer im vorliegenden Heft (S. 538-571).

¹⁶⁰ SOPHIE DE SCHAEPRUIJVER: La Belgique et la Première Guerre mondiale, 2. Aufl., Bruxelles u.a. 2005 (Documents pour l'Histoire des Francophonies / Europe, 4), S. 135 f.; FISCHER (wie Anm. 146), S. 345.

¹⁶¹ GATZKE (wie Anm. 157), S. 87 f.; FISCHER (wie Anm. 146), S. 127.

Summary

A shared German-Polish Future? Hans Hartwig von Beseler as Governor-General in Poland 1915-1918

During the First World War, Hans Hartwig von Beseler, as Governor-General in Warsaw, was the central figure in German planning for the future organisation of occupied Poland. The following paper will examine his influence on the formulation and implementation of German policy in Poland. Source material includes, along with the official documents of the German occupation, an analysis of Beseler's private correspondence and diaries. The biographical elements make it possible to investigate Beseler's personal views on German policy in Poland, to trace his political aims, and also to examine the extent and limitations of his political actions. His objective was to bring together the security needs of the German Empire towards Russia with Polish desires for the re-establishment of a Polish state. Thus he forcefully advocated the proclamation of the Kingdom of Poland and promoted the formation of a Polish army, which, at one and the same time, was to strengthen the Central Powers militarily and act as the foundation of the new Polish state.

To support his arguments for a closer relationship between Poland and the German Empire, Beseler emphasised shared cultural values as well as the political, economic and military advantages for both states. De facto, a 'closer relationship' would have meant German control over Poland. Beseler's position stemmed from his paternalistic rule as Governor-General, which consisted in governing the Poles, without transferring any significant responsibilities to them. He was, nevertheless, concerned to establish friendly relations between Germans and Poles and to proceed with the gradual internal development of a Polish state. In this he enjoyed a wide-ranging freedom of action and was able, to a large extent, to gain acceptance of his aims by the German government and the supreme military authorities. However, with the failure of the formation of a Polish army in the summer of 1917, Beseler increasingly lost influence as an advocate of German-Polish co-operation and was no longer able to play any significant role in decision-making processes affecting the future of Poland.